

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

PROCESSING COPY
50X1-HUM

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publication of the East German
Ministry of Construction

DATE DISTR.

31 MAR 1958

NO. PAGES

1

REFERENCES

RD

DATE OF
INFO.

PLACE &
DATE ACQ

50X1-HUM

50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

PLEASE ROUTE

two issues of the official publication of the East German Ministry of Construction, Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aufbau, dated 1 and 15 August 1957. The first of August issue contains a resolution on cooperation of the Socialist countries in model designing (Typenprojektierung); names of the heads of the delegations of the Satellite countries are given.

11 APR 1958

50X1-HUM

18 APR 1958

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publication of the East German
Ministry of Construction

DATE DISTR.

31 MAR 1956

NO. PAGES

1

REFERENCES

RD

DATE OF
INFO.

50X1-HUM

PLACE &
DATE ACQ.

50X1-HUM

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

two issues of the official publication of the East German Ministry of Construction, Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aufbau, dated 1 and 15 August 1957. The first of August issue contains a resolution on cooperation of the Socialist countries in model designing (Typenprojektierung); names of the heads of the delegations of the Satellite countries are given.

50X1-HUM

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC						
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

50X1-HUM

1057

Berlin, den 15. August 1957

Nr. 18

INHALTSVERZEICHNIS

A. Allgemeiner Teil		II. Baustoffindustrie	
41. Grundsätze des Bundes Deutscher Architekten für die Durchführung von architektonischen und städtebaulichen Wettbewerben — Wettbewerbsordnung —	1	12. Baustoffkatalog	9
42. Anordnung zur Bildung des Betriebsprämienfonds sowie des Kultur- und Sozialfonds in den Betrieben der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie sowie in der DHZ Baustoffe	4	III. Bauindustrie	
43. Anweisung für den Einsatz von Studierenden der Ingenieurschulen für Bauwesen im Berufspraktikum bei Bauvorhaben mit besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung	6	21. Mitteilung über die Drucklegung weiterer „Technologischer Karten“	9
44. Kontenrahmenänderungen	7	23. Versorgungsprogramm der Leitstelle für Baumaschinen-Ersatzteile und -Zubehör (LBZ) in Coesbunde	10
45. Benutzung von Inlandfluglinien bei Dienstreisen, Erstattung der Flugreisekosten	7	IV. Preise	
B. Besonderer Teil		2. Arbeitskreise für die Auslegung und Anwendung der Baufestpreise	10
1. Technik und Entwurf		3. Preise für Fundamentierungsarbeiten bei Starkstromanlagen	11
63. Kostenlose Projektierung von Gebäudeumbauten für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften	7	10. Kostenermittlung für Stahlbetonfertigteile	11
64. Übersicht über die zur Zeit verbindlichen Typen und Wiederverwendungsprojekte sowie über Entwurfsgrundlagen, Richtlinien usw. und über in Vorbereitung befindliche Typenunterlagen des Jahres 1957 für gesellschaftliche Bauten	7	11. Lohnnebenkosten bei zentralen Mischanlagen und Biegeplätzen	11
		12. Liste der Baustellenbereichsauslässe	11
		13. Liste der Preise für Transportleistungen	11
		14. Festpreise für offene Wasserhaltung	11
		15. Festpreise für Beton- und Stahlbetonarbeiten	12
		16. Festpreise für Bohrarbeiten	12
		17. Reparaturvergütung	12
		18. Verrechnung der von AWG und LFG erbrachten Eigenleistungen bei Sand und Kies	12

- A. Allgemeiner Teil**
41. Grundsätze des Bundes Deutscher Architekten für die Durchführung von architektonischen und städtebaulichen Wettbewerben — Wettbewerbsordnung — Vom 11. Juni 1957
- § 1
- (1) Wettbewerbe im Sinne dieser Wettbewerbsordnung sind solche, denen
- a) eine öffentliche Auslobung für die Lösung einer bestimmten Aufgabe auf dem Gebiete der Architektur und des Städtebaus (öffentlicher Wettbewerb) oder
 - b) eine Auslobung für die Lösung einer gleichen Aufgabe innerhalb eines individuell bestimmten Teilnehmerkreises (engerer Wettbewerb)
- mit der Bestimmung zugrunde liegt, daß für das Verfahren die Grundsätze des Bundes Deutscher Architekten für die Durchführung von architektonischen und städtebaulichen Wettbewerben verbindlich sind, und bei denen
- 1. die Beurteilung von einem Preisgericht durchgeführt wird, das vom Bund Deutscher Architekten bestätigt ist,
 - 2. eine Durchführungsfrist bestimmt ist und Preise ausgesetzt sind,
2. der Bund Deutscher Architekten die Treuhänderschaft, insbesondere für die Ankündigung, Durchsetzung, Bewertung und Bekanntgabe der Ergebnisse des Wettbewerbs durch einen Wettbewerbsausschuß, übernommen hat.
- (2) Wettbewerbe im Sinne dieser Wettbewerbsordnung können durchgeführt werden als
- internationale Wettbewerbe
 - gesamtdeutsche Wettbewerbe
 - Wettbewerbe für den Bereich der Deutschen Demokratischen Republik
 - Bezirks- oder Kreiswettbewerbe.
- Die Durchführungsart wird vom Auslober im Benehmen mit dem Bund Deutscher Architekten festgelegt. Bei internationalen Wettbewerben müssen die Wettbewerbsbedingungen den Einheitsrichtlinien der Internationalen Architektenvereinigung für internationale Architektur- und Städtebau-Wettbewerbe entsprechen.
- § 2
- (1) Wettbewerbe sollen durchgeführt werden, wenn für wichtige Bauaufgaben ein entscheidender Beitrag zur Klärung architektonischer und städtebaulicher Fragen gefunden werden soll. Das Programm muß eindeutig Aufgabe und Ziel des Wettbewerbes unter Herausstellung der Forderungen enthalten, auf die besonderer Wert gelegt wird. Der Umfang der verlangten Leistung muß auf das Notwendige beschränkt sein. Für die Be-

... und den Teilnehmern eine dem Umfang und der Bedeutung der Aufgabe entsprechende Zeit bekanntzugeben.

(2) Die Durchführung des Wettbewerbs soll vorantreiben, daß ihm bei Auslobungen zentraler Planträger des Ministeriums für Aufbau, im übrigen des für die Aufgabe gezielte zuständige Hauptarchitekt, in Städten mit Chefarchitekten der Chefarchitekt, zugewiesen haben.

§ 3

(1) Teilnehmer am Wettbewerb können neben Einzelpersonen Entwurfsbrigaden staatlicher Entwurfsbüros oder Architektenskollektive sein. Mit der Teilnahme unterwerfen sie sich der Wettbewerbsordnung. Der Teilnehmerkreis kann vom Auslober im Benehmen mit dem Bund Deutscher Architekten näher bestimmt werden. Bei öffentlichen Wettbewerben kann der Auslober zusätzlich Architekten mit Spezialkenntnissen auffordern und diesen für ihre Teilnahme eine Vergütung garantieren. Eine Erweiterung des Teilnehmerkreises ist vom Beginn der Aushandlung der Wettbewerbsunterlagen ab nicht mehr zulässig.

(2) Alle mit der Bearbeitung der Wettbewerbsunterlagen betrauten Personen sowie die Vorprüfer und Preisrichter und deren engere Mitarbeiter sind von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen. Eine beratende Tätigkeit der Mitglieder von Wettbewerbsausschüssen des Bundes Deutscher Architekten vor der Aushandlung der Wettbewerbsunterlagen steht der Teilnahme am Wettbewerb jedoch nicht entgegen.

§ 4

(1) Die Bekanntgabe (Ausschreibung) erfolgt bei öffentlichen Wettbewerben in Fachzeitschriften und in Tageszeitungen. Die Auslobung muß Angaben enthalten über:

- die Art und den Gegenstand des Wettbewerbs
- den Teilnehmerkreis
- die Anzahl und die Höhe der ausgesetzten Preise
- die Namen der Preisrichter, der Ersatzpreisrichter und der Vorprüfer und gegebenenfalls des Sekretärs des Preisrichterkollegiums
- die genauen Bezugsbedingungen für die Wettbewerbsunterlagen mit Kostenangabe
- den Zeitpunkt und den Ort für die Ablieferung der Lösung der genannten Aufgabe.

(2) Die Ausschreibung muß ferner die Bestimmung enthalten, daß für alle Wettbewerbsteilnehmer die Grundsätze des Bundes Deutscher Architekten für die Durchführung von architektonischen und städtebaulichen Wettbewerben verbindlich sind.

(3) Etwa sechs Wochen vor seiner Ausschreibung soll dem öffentlichen Wettbewerb eine Ankündigung vorangehen, aus der bereits ersichtlich ist, von welchem Zeitpunkt an und von welcher Stelle die Wettbewerbsunterlagen zu beziehen sind.

§ 5

(1) Die Ausschreibung bei engeren Wettbewerben erfolgt im Wege der persönlichen schriftlichen Einladung durch den Auslober. Die Einladung muß enthalten:

- die Angaben gemäß § 4 Abs. 1a, c bis f und § 4 Abs. 2
- die namentliche Bekanntgabe der zur Teilnahme eingeladenen Architekten
- eine Mitteilung über die Höhe der Vergütung.

(2) Die Vergütung soll als Pauschalbetrag die geschätzten Selbstkosten des Teilnehmers in der Regel decken.

Die Wettbewerbsunterlagen müssen enthalten:

- eine klare Aufgabenstellung mit Programm § 3
- die Zeichnungen und Pläne im Programm nur bis zum Ablauf des letzten Tages des ersten Ordens der für den Wettbewerb festgelegten Frist (Ausloberzeit) zu überreichen
- bei öffentlichen Wettbewerben die Angaben gemäß § 4 Abs. 1a bis d und § 4 Abs. 2 sind neben der Bekanntgabe in der Presse (§ 4 Abs. 1) persönliche Einladungen zu gelangen, so sind die Namen der Eingeladenen mitzuteilen
- bei engeren Wettbewerben: die Angabe gemäß § 5 Abs. 1a bis c
- den besonderen Hinweis auf die Bestimmungen des § 8
- gegebenenfalls die Frist, innerhalb deren bei Rückgabe der unbeschädigten Wettbewerbsunterlagen Rückerstattung des für ihren Erhalt entrichteten Betrages durch den Auslober erfolgt.

§ 7

(1) Das Programm muß über die zur Lösung der Wettbewerbsaufgabe notwendigen technischen Daten und Unterlagen Aufschluß geben, und zwar in der Regel über:

- die Lage des Bauplatzes durch einen erschöpfenden Lageplan im gleichen Maßstab, wie er vom Bewerber verlangt wird, mit Nordpfeil, Höhenzahlen und Angabe der städtebaulich wichtigen Beziehungen
- die Beschaffenheit der Baustelle und des Grundgrundes, die Grundwasser- und Hochwasserverhältnisse
- die Verkehrsverhältnisse und -bedürfnisse der näheren Umgebung des Bauplatzes
- die zulässige Bebaubarkeit des Grundstücks, gegebenenfalls die Bebauung der Nachbargrundstücke und die Bauart der näheren Umgebung des Bauplatzes, erforderlichenfalls mit Übersichtsplan und Lichtbildern
- die vom Wettbewerb berührten einschlägigen Bestimmungen der Bauordnung, von denen ein Abdruck beigelegt werden soll
- die Anzahl der geforderten Räume, ihre Größe und etwaige Wünsche über Lage, Zusammenhang und Benutzungsart, z. B. bezüglich der Höhe, der Beleuchtung oder der Himmelsrichtung einzelner Räume
- die zur Verfügung stehenden oder gewünschten Hauptbaustoffe, die Baukosten, falls diese sich in festen Grenzen halten sollen, und ihre Berechnungsweise, wobei die Kostenermittlung bei Hochbauten nur nach dem umbauten Raum gefordert werden darf
- die Berechnung des umbauten Raumes in übersichtlicher, prüfbarer Weise, getrennt nach Baukörpern.

(2) Bei städtebaulichen Wettbewerben muß das Programm alle zur Lösung der Aufgabe erforderlichen Planunterlagen und Angaben über Einrichtungen, Anlagen und Bauwerke enthalten.

(3) Das Programm soll auch Angaben enthalten über:

- Blattgrößen.
- Falls farbige Darstellungen gewünscht werden, ist dies besonders anzugeben. Werden Schuttblätter verlangt, sind Maßstab und Standpunkte festzulegen; dabei gilt der Maßstab für das

(Entwurf für die dem Preisgericht zuzulegende Karte des Bauwerkes, durch welche die Erläuterung zu lesen ist)

b) Maßstäbe

Die geometrischen Zeichnungen dürfen bei Hochbauten in der Regel nicht in einem größeren Maßstab als 1:200 vergrößert werden. Größere Maßstäbe (1:50, 1:10 usw.) sind jeweils nur bei kleineren Bauaufgaben zu fordern, z. B. bei Grundrissen, Details, Brunnen. Bei Gebäudengruppen, Plätzen, Straßen und dgl. ist der Maßstab 1:500 zu benutzen.

- (4) Bei offenen Wettbewerben sind vor Festlegung des Programms konsultative Aussprachen zwischen Ausleher, Preisrichtern und Bewerbern zulässig, sofern alle Bewerber daran teilnehmen.

§ 9

(1) Die Arbeiten der Wettbewerbsteilnehmer sind unter voller Wahrung der Anonymität einzureichen. Sie dürfen zur Vermeidung des Ausschlusses vom Wettbewerb nur durch eine Kennzahl bezeichnet sein. Die Kennzahl soll sich aus 6 Ziffern zusammensetzen und in einer Größe von 1 cm Höhe und 4 cm Länge auf jedem Blatt (auch auf den Schriftstücken) in der rechten oberen Ecke, bei plastischen Arbeiten (Modellen) an der rechten oberen Ecke des Sockels angebracht sein. Bei Post- und Bahnzustellungen ist eine Deckadresse zu verwenden.

Der Urheber der Arbeiten hat mit der Einreichung seinen Namen und seine Anschrift in einem verschlossenen und undurchsichtigen Umschlag, der als Aufschrift die gleiche Kennzahl wie die Arbeit tragen muß, niederzulegen.

(2) Bei offenen Wettbewerben kann von der Wahrung der Anonymität abgesehen werden. Dies muß jedoch bereits in der Einladung (§ 5) festgelegt sein.

(3) Als Ablieferungszeitpunkt gilt der durch den Aufgabestempel ausgewiesene Tag der Aufgabe der Arbeit zur Post oder Eisenbahn. Sofern in den Wettbewerbsunterlagen nichts anderes angegeben ist, läuft die Einreichungsfrist um 24 Uhr des letzten Tages ab. Fällt der Ablieferungsfrist auf einen Sonn- oder Feiertag, so tritt an seine Stelle der nächstfolgende Werktag.

§ 10

(1) Die Beurteilung der eingereichten Arbeiten erfolgt durch ein Preisgericht. Das Preisgericht besteht aus Architekten und Laienrichtern, wobei die ersteren in der Mehrzahl sein müssen. Die Zahl der Preisrichter ist ungerade. Das Preisgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit, sofern die Wettbewerbsunterlagen keine anderen Bestimmungen enthalten. Das Preisgericht ist nur beschlußfähig, wenn es vollzählig ist.

(2) Das Amt des Preisrichters ist ein Ehrenamt. Es bedeutet den Vorbehalt auf jedwede unmittelbare oder mittelbare Mitarbeit an der Lösung der Wettbewerbsaufgabe und verpflichtet zur gewissenhaften Beachtung der Wettbewerbsgrundsätze. Notwendige Ausgaben des Preisrichters bei Ausübung seiner Tätigkeit sind zu ersetzen.

(3) Die Mitglieder des Preisgerichts werden vom Ausleher berufen und bedürfen der Bestätigung durch den Bund Deutscher Architekten. Ihre Tätigkeit ist eine Nebenberufstätigkeit; eine Vertretung findet nicht statt. Bei Verhinderung eines Preisrichters tritt der jeweilige Ersatzpreisrichter an seine Stelle. Es sollen in der Regel nicht mehr als drei Drittel der berufenen und beständigen Preis- und Laienrichter als Ersatzpreisrichter bestimmt werden.

(4) Das Preisgericht wählt ein oder zwei Mitglieder zum Vorsitzenden des Preisgerichts und ein oder zwei Mitglieder zum Schriftführer des Preisgerichts.

(5) Alle Preisrichter sind verpflichtet, sich an der Zusammenkunft des Preisgerichts regelmäßig zu beteiligen. Sie haben vor Beginn der Arbeit die Wettbewerbsunterlagen zu prüfen und die Einzelheiten des Wettbewerbs zu klären.

(6) Die Mitbestimmung der Preisrichter über den unmittelbaren Urheber einer Arbeit ist nicht statthaft.

§ 11

(1) Vor Zusammentritt des Preisgerichts erledigen ein oder mehrere Vorprüfer die vorzubereitenden Arbeiten für das Preisgericht. Sie werden im Einvernehmen mit dem Wettbewerbsausschuss des Bundes Deutscher Architekten vom Ausleher aus dem Kreis der Verfügung stehender sachverständiger Fachbeurteiler bestellt. Die Vorprüfer sind nicht Mitglieder des Preisgerichts, nehmen aber an den Sitzungen des Preisgerichts mit beratender Stimme teil. Den Vorprüfern können Hilfskräfte beigegeben werden.

(2) Die für die Vorprüfung zur Verfügung stehende Zeit hängt vom Umfang des Wettbewerbs ab. Sie soll in der Regel 4 Wochen betragen, in keinem Falle jedoch 14 Tage unterschreiten.

(3) Vorprüfer und Hilfskräfte sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

§ 12

(1) Jede Arbeit wird durch den Vorprüfer in eine Liste A eingetragen unter Angabe

- a) der laufenden Eingangsnummer
- b) einer vom Vorprüfer zu bestimmenden neutralen Nummer, die wieder mit der laufenden Nummer noch mit der Kennzahl identisch sein darf, die ihr der Bewerber gegeben hat
- c) der vom Bewerber gegebenen Kennzahl.

Die Liste A bleibt unter persönlichem Verschluss des Vorprüfers und ist bis zur Urteilsfällung durch das Preisgericht geheim. Das gleiche gilt für die Umschläge, die die Namen der Bewerber enthalten (§ 8 Abs. 1).

(2) Nach dem Öffnen der Einsendungen werden die neutralen Nummern (Abs. 1b) auf allen eingesandten Zeichnungen, Schriftstücken oder sonstigen Unterlagen angebracht, wobei sie dergestalt über die vom Bewerber gegebene Kennzahl zu liegen sind, daß die Kennzahl unleserlich wird.

(3) Die Entwürfe sind unter Aufsicht des Vorprüfers in geeigneten Bläumen auszuhängen. Der Zugang zu diesen Bläumen ist nur dem Vorprüfer und seinen Hilfskräften gestattet.

§ 13

(1) Jede eingereichte Arbeit unterliegt der Vorprüfung in bezug auf:

- a) die Erfüllung der für die Einreichung vorgeschriebenen Form (§ 9)
- b) die formelle Erfüllung der gestellten Wettbewerbsaufgabe
- c) die Beachtung der wesentlichen Vorschriften der Bauordnung.

(2) Der Vorprüfer trägt unter Kennzeichnung der Arbeiten die eigene Beurteilung nicht entgegen der Ergebnisse der Prüfung in die Liste B ein, die im Verlaufe der Prüfung die Kennzahl der Arbeiten ausweist. Sie enthält außerdem Platz für die Bemerkungen.

des Preisrichters und muß bei Eintritt des Preisrichters jedem Mitglied in einer Ausfertigung zur Verfügung stehen.

§ 13

(5) Die Entscheidung des Preisgerichts erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung, über die eine Niederschrift aufgenommen ist. Die Niederschrift hat die wesentlichen Daten der Verhandlung festzuhalten, in jedem Fall aber die Namen der Beteiligten sowie Ort, Datum und Inhalt der Entscheidung.

(2) Vor Eintritt in die Verhandlung haben alle Preisrichter zu versichern, daß zwischen ihnen und den Bewerbern kein Gedankenaustausch stattgefunden hat.

(3) Der Vorsitzende des Preisgerichts hat zu Beginn der Sitzung des Preisgerichts anhand der Wettbewerbsgrundsätze und des Wettbewerbsprogramms die für die Beurteilung in Frage kommenden allgemeinen und besonderen Gesichtspunkte hervorzuheben und sie zu erläutern. Hiermit darf jedoch keine Beeinflussung für die spätere Beurteilung verbunden sein.

(4) Das Preisgericht stellt anhand der vom Vorprüfer aufgestellten Listen die Zahl der wettbewerbsfähigen Arbeiten fest.

(5) Von der Beurteilung sind auszuschließen:

- a) alle Arbeiten, die den Voraussetzungen nach § 11 Abs. 1a bis c nicht entsprechen, insbesondere Arbeiten, die an irgendeiner Stelle eine direkte oder indirekte Angabe tragen, die geeignet ist, die Person des Wettbewerbers kenntlich zu machen, wobei handschriftliche Eintragungen als solche Angaben zu werten sind; weiterhin alle Arbeiten, die die Forderungen des Wettbewerbsprogramms nicht beachten, auf die der Auslober ausdrücklich besonderen Wert gelegt hat (§ 2). Die Einhaltung vorgeschriebener Baukosten im Entwurf gehört in jedem Falle zu diesen Forderungen.
- b) Arbeiten von Verfassern, die auf direktem oder indirektem Wege versucht haben, die Entscheidung des Preisgerichts in einer Weise zu beeinflussen, die in Widerspruch zum Wesen des Wettbewerbs steht.
- c) Lösungen, die in technisch-konstruktiver Hinsicht undurchführbar sind.

(6) Das Preisgericht kann Sachverständige, die sich nicht am Wettbewerb beteiligt haben, zu der Verhandlung hinzuziehen.

(7) Das Preisgericht wählt diejenigen Entwürfe aus, die die Forderungen in bautechnischer und baukünstlerischen Hinsicht und in bezug auf die wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkte am besten erfüllen. Es ist nicht befugt, Änderungen gegenüber den Ausschreibungsunterlagen zu beschließen oder bei der Beurteilung davon abzuweichen, selbst wenn Teile überholt sind oder Mängel aufweisen sollten.

(8) Bei der Beschlußfassung durch die Preisrichter dürfen sonstige Personen nicht zugegen sein, es sei denn, daß die Anwesenheit Dritter durch einstimmigen Beschluß des Preisrichterkollegiums gebilligt wird. Der Beschluß ist in die Sitzungsniederschrift aufzunehmen.

(9) Das Preisgericht soll den ersten Preis in der Regel ungeteilt vergeben. Die Höhe der folgenden Preise kann vom Preisgericht neu festgesetzt werden, jedoch muß die Gesamtsumme der ausgesetzten Preise zur Verteilung gelangen. Durch die Zuerkennung eines Preises werden die dem Wettbewerbsteilnehmer zustehenden Urheberrechte nicht berührt.

(10) Sofort nach der Entscheidung des Preisgerichts sind die Namen der ausgezeichneten Arbeiten durch den

Vorsitzenden des Preisgerichts zu benachrichtigen. Allen übrigen Teilnehmern am Wettbewerb muß vor der Durchführung der öffentlichen Ausstellung der Wettbewerbsunterlagen (§ 14) die Niederschrift über die entscheidende Sitzung des Preisgerichts übersandt werden.

§ 14

(1) Bei Wettbewerben von hervorragender Bedeutung, in der Regel bei internationalen, gesamtdeutschen und DDR-Wettbewerben, tritt das Preisrichterkollegium schon vor der Veröffentlichung der Wettbewerbsunterlagen zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wählt es neben dem Vorsitzenden aus seiner Mitte einen Sekretär. Die Tätigkeit des Sekretärs ist ehrenamtlich. Notwendige Auslagen des Sekretärs bei Ausübung seiner Tätigkeit sind zu erstatten.

(2) Der Sekretär vertritt den Bund Deutscher Architekten. Er stellt in Zusammenarbeit mit den Wettbewerbsbearbeitern des Auslobers alle Wettbewerbsunterlagen zusammen und legt sie dem Preisrichterkollegium vor der Veröffentlichung zur Beschlußfassung und Unterschrift vor. Die Unterschrift muß durch alle Preisrichter erfolgen.

(3) Der Sekretär ist verantwortlich für die Beachtung aller Wettbewerbsgrundsätze und für die Qualität der Ausschreibungsunterlagen. Er überwacht das Sitzungsprotokoll, die Bekanntmachung des Wettbewerbs und die öffentliche Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse. Er veranlaßt in Zusammenarbeit mit dem Auslober die Übergabe aller geeigneten Unterlagen an das Archiv des Bundes Deutscher Architekten als Anschauungs- und Lehrmaterial.

§ 15

(1) Die mit Preisen ausgezeichneten Arbeiten gehen bei Wahrung der Urheberchaft des Verfassers in das Eigentum des Auslobers über.

(2) Alle Arbeiten, denen kein Preis zuerkannt worden ist, werden den Teilnehmern, sofern sie nicht binnen 8 Wochen nach dem Entscheid des Preisgerichts abgeholt worden sind, in verkehrsmäßiger Weise ausgestellt.

§ 16

Binnen der Frist von einem Monat nach Entscheid des Preisgerichts sind die zum Wettbewerb eingereichten Entwürfe öffentlich für die Dauer von mindestens einer Woche auszustellen. Ort und Zeit sind vom Preisgericht festzulegen und in der Sitzungsniederschrift zu vermerken. Für die Durchführung ist der Vorsitzende des Preisgerichts, bei Wettbewerben im Sinne des § 14 der Sekretär, verantwortlich.

gez. Prof. Hopp
Präsident des Bundes Deutscher Architekten

42. Anordnung zur Bildung des Betriebsprämienfonds sowie des Kultur- und Sozialfonds in den Betrieben der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie sowie in der DHZ Baustoffe
Vom 28. Juni 1957

Auf Grund des § 23, Absatz 2 der Verordnung vom 11. Mai 1957 über den Betriebsprämienfonds sowie des Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBI. Teil 1, S. 289) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und dem Minister der Finanzen, nach Anhören des Zentralvorstandes der Industrie- und Bauwirtschaft Bau-Holz für die Betriebe der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie sowie der DHZ Baustoffe folgendes angeordnet:

§ 1

Zu § 2, Absatz 1, Einfache a:

(1) Voraussetzungen für die Zuführung zum Betriebsprämienfonds aus der Erfüllung des Produktions- bzw. Warenwirtschaftsplanes sind

- a) bei den Betrieben der volkseigenen Baustoffindustrie: die Warenproduktion zu effektiven Betriebspreisen + Bestandsveränderungen der unvollendeten Produktion (einschließlich Vorräten) der Hauptleistungen,
 - b) bei den Betrieben der volkseigenen Baustoffindustrie: die geplanten Hauptleistungen, die geplanten Nebenleistungen für Dritte sowie die geplanten Nebenleistungen für den Eigenverbrauch insgesamt,
 - c) für die DHZ Baustoffe: das Fremdgeschäft (ohne Vertragshändler) und das Eigengeschäft insgesamt.
- (2) Bei den Betrieben der volkseigenen Baustoffindustrie ist der Produktionsplan nur dann erfüllt, wenn gleichzeitig die geplanten Hauptleistungen erfüllt sind.

§ 2

Zu § 4, Absatz 1:
Bei Erfüllung des Produktionsplanes sind folgende Zuführungen zum Betriebsprämienfonds vorzunehmen:

- a) Ziegelwerke, gem. § 8 dieser Anordnung 3%
- b) Natursteinwerke, gem. § 9 dieser Anordnung 3%
- c) örtlich geleitete Schamottebetriebe 3%
- d) Kalk-, Kreide-, Platten-, Fliesen-, Ofenkachel-, Schiefer- sowie die übrigen Betriebe der Natursteinindustrie 3%
- e) Technische Sand- und Kieswerke gem. § 10 dieser Anordnung 3%
- f) übrige Baustoffbetriebe 3%
- g) zentral und örtlich geleitete Baubetriebe 3%
- h) DHZ Baustoffe 3%

§ 3

Zu § 5, Absatz 1:

(1) Bei Erfüllung des Gewinnplanes bzw. Nichtüberschreitung des im Plan vorgesehenen Verlustes sind folgende weitere Zuführungen zum Betriebsprämienfonds vorzunehmen:

- a) Ziegelwerke, gem. § 8 dieser Anordnung 1%
- b) Natursteinwerke, gem. § 9 dieser Anordnung 1%
- c) örtlich geleitete Schamottebetriebe 1%
- d) Kalk-, Kreide-, Platten-, Fliesen-, Ofenkachel-, Schiefer- sowie die übrigen Betriebe der Natursteinindustrie 1%
- e) Technische Sand- und Kieswerke, gem. § 10 dieser Anordnung 1%
- f) übrige Baustoffbetriebe 3%
- g) zentral und örtlich geleitete Baubetriebe 3%
- h) DHZ Baustoffe 3%

(2) Bei Betrieben der Ziegel- und Natursteinindustrie gem. §§ 8 und 9 dieser Anordnung kann mit Zustimmung des übergeordneten staatlichen Organes der geplante Verlust aus Absatz für verlustgeplante Kostenträger entsprechend der Übererfüllung des geplanten Umsatzes dieser Erzeugnisse statistisch berichtigt werden.

§ 4

Zu § 4, Absatz 2 und § 5, Absatz 2:

Für die Zuführungen bei Übererfüllung des Produktionsplanes bzw. bei Übererfüllung des Gewinnplanes oder Unterschreitung des geplanten Verlustes müssen

die Betriebe der volkseigenen Baustoffindustrie der volkseigenen Baustoffindustrie entsprechende Erzeugnisse vorlegen. Diese Erzeugnisse sind durch das übergeordnete staatliche Organ festzulegen und den Betrieben bekanntzugeben.

Zu § 4, Absatz 2:

- (1) Die Prozentsätze für die Zuführung zum Betriebsprämienfonds bei Übererfüllung des Produktionsplanes werden durch Beschluß des Wirtschaftsrates festgelegt.
- (2) Bei Betrieben der Ziegel- und Natursteinindustrie gem. §§ 8 und 9 dieser Anordnung kann mit Zustimmung des übergeordneten staatlichen Organes der geplante Verlust aus Absatz für verlustgeplante Kostenträger entsprechend der Übererfüllung des geplanten Umsatzes dieser Erzeugnisse statistisch berichtigt werden.

§ 6

Zu § 6, Absatz 2:

(1) Für die Betriebe der zentral geleiteten Baustoffindustrie legt der Minister für Aufbau, für die Betriebe der örtlich geleiteten Baustoffindustrie der Vorsitzende des Rates des Kreises, auf Vorschlag des Vorsitzenden des Rates des Kreises fest, welche Baustellen als wirtschaftlich selbständige Betriebsteile die Bestimmungen des § 2, Absatz 1 der Verordnung anwenden können. Für diese Baustellen ist ein Betriebskollektivvertrag abzuschließen.

§ 7

Zu § 10:

(1) Für folgende Betriebe der Baustoffindustrie wird die Begrenzung der Zuführung zum Betriebsprämienfonds in Höhe von 6,5% aufgehoben:

- a) Ziegelwerke, gem. § 8 dieser Anordnung.
- b) Natursteinwerke, gem. § 9 dieser Anordnung.
- c) örtlich geleitete Schamottebetriebe.

(2) Überschreitet die Zuführung zum Betriebsprämienfonds in diesen Betrieben die Höhe von 6% der geplanten Lohnsumme, sind die Werkleiter verpflichtet, die zuständige Hauptverwaltung bzw. Abteilung Aufbau beim Rat des Kreises zu unterrichten. Der Leiter der Hauptverwaltung bzw. Leiter der Abteilung Aufbau geben über ihre übergeordneten Organe dem Ministerium für Aufbau, dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung diese Betriebe bekannt.

§ 8

Unter „Ziegelwerke“ im Sinne dieser Anordnung ist zu verstehen, daß in diesen Kombinat oder Betrieben mindestens 50% aller Erzeugnisse Ziegelerzeugnisse gem. Gruppe 336 des allgemeinen Warenverzeichnisses zuzüglich Kalksandsteine und Steinzeug sind. Das Verhältnis ist nach der geplanten abzusetzenden Warenproduktion nach Betriebspreisen zu bestimmen.

§ 9

Unter „Natursteinwerke“ im Sinne dieser Anordnung ist zu verstehen, daß in diesen Kombinat oder Betrieben mindestens 50% Schotter, Splitt, Packlage, Pflaster und Bordsteine hergestellt werden. Der Prozentsatz ist nach der t-Produktion zu ermitteln. Kann ein Betrieb nicht alle Erzeugnisse in t erfassen, erfolgt die Ermittlung des Prozentsatzes nach der geplanten abzusetzenden Warenproduktion zu Betriebspreisen.

§ 10

Unter „Technische Sand- und Kieswerke“ im Sinne dieser Anordnung ist zu verstehen, daß in diesen Kombinat oder Betrieben mindestens 75% aller Erzeugnisse technische Sande und Kies gem. dem Allgemeinen Warenverzeichnis Nr. 25313100 bis 25329700 sind.

Der Prominent ist nach der Befragung zu einem
Kern des Dialekts, nicht die Prominenz in 2. Ordnung.
ist die Darstellung des Prominenten nach der 2.
physischen charakteristischen Wortschreibung zu Dialekt-
phänomenen.

Q 11

(S) The above information was obtained from a confidential source who has provided reliable information in the past.

② In Zweifelsfällen kommt bei Urlich primär
Befragung der Verwandten des Rates des Beschäftigten.

0 15

Der Person des Verwalters und Hauptverwalters
gewährt werden, ist von dem zuständigen Leiter der
Hauptverwaltung bzw. Leiter der Abteilung Außen
des Bundesrates mit entsprechender Leistungs-
beurteilung abzugeben.

6 12

Die Leiter der Hauptverwaltung bzw. Leiter der Abteilungen sind verpflichtet, die Befehle bei der Ausarbeitung der Betriebsanweisungen sowie Unterweisung und Hilfe zu leisten. Es von den Befehlen verantwortlichen Sachverständigen und auf Grund der gemeinsamen Befragungen und gemeinsamer Zeichnungen und Erläuterungen zu erstellen.

0 20

Die I. M. Absatz 1:
Bei der Aufteilung des Präsenzkontos in Teil I und
Teil II sind die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes
des FRG und die Ministerien für Arbeit und So-
zialversicherung besonders zu beachten.

0 10

(1) Nach den Vernehmungen der beiden genannten Personen bestanden keine Zweifel über den Einbruchzeitpunkt für das 2. Quartal 1977 nicht erfüllt, erfolgt keine volle oder teilweise Zurechnung zum Einbruchverbrechen.

(3) Werden die Veranforderungen kumulativ per 31. Dezember 1997 erfüllt, kann die Zuführung für das 1. Quartal 1997 auf 6% von der geplanten Lebensdauer des 1. Quartals erhöht werden.

(2) Die Zuführung zum Betriebsrentenfonds ab 1. April 1997 erfolgt unter Zugrundelegung der Bruttolöhne bzw. Gewerbesteuer der Verrechnungen ab Jahresbeginn bis zum jeweiligen Stichtag.

(*) Nach der Zuführung zum Betriebsplan nach der Produktionsverpflichtung bzw. -übernahme und Erfüllung des Betriebsplans ist die gesamte Lohnsumme vom 1. April 1957 bis zum jeweiligen Datum.

(4) Nach der Zuführung zum Betriebsgrundkapital und der Überführung des geplanten Gewinns bzw. Unterdeckung des geplanten Verlustes ist die freiwillige absolute kumulative Überführung bzw. Unterdeckung des geplanten Ergebnisses vom 1. Januar 1957 bis zum Stichtag.

6 10

(1) Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1937 in Kraft.

(2) Die Punkte II „Bildung des Direktoriums für 1907“ und III „Zahlung von Quartalgeldern“ der Dienstweisung des Ministers der Finanzen und des Ministers für Außen von 9. November 1904 über finanzielle Maßnahmen zur Erhöhung der Zinspro-
dukte treten außer Kraft.

01. Anleitung für das Mündliche von Studenten
des der Ingenieurwissenschaften für Bauwesen bei
Bauingenieurwesen bei Bauwissenschaften und be-
sonders der Bauwissenschaften

[illegible]

1. All Information for Bureau and C
Bureau and C

a) der Einfluss des ersten Studienjahres auf den
für die Landwirtschaft und im weiteren Ver-
lauf und

b) der Name des zweiten Stützpunktes bei der
durchgeführten
durchgeführten

3. a) Die Beschreibungen der Umanen in ersten Stadtsiegeln ist mit Rücksicht auf die besondere Lage in der Agrarstruktur der Sowjetischen Sozialistischen Republik charakteristisch in den Bereichen Nordost, Schwarzsee und Nordkaukasus zu finden. Zur Erleichterung der Kommunikation wurden die einzelnen Imperativformen immer in den gleichen Positionen wie folgt dargestellt:

Im Bezirk Rostock die Ingenieurschulen Rostock,
Güstrow und Wismar,
im Bezirk Schwerin die Ingenieurschulen Gadebusch,
Gadebusch und Magdeburg,
im Bezirk Neubrandenburg die Ingenieurschulen
Berlin, Potsdam, Rostock und Zittau.

b) Für das Berufsprotokoll der Klänge im ersten Studienjahr wurden die in Betracht kommenden Dissertationen unter Berücksichtigung ihrer wissenschaftlichen Bedeutung dem Informationsamt des Ministeriums über die ZA Kunst- und Musikschulen zugewiesen.

2. Zur Verteidigung des Klimate der Endkretiden
im interplanctinischen Bereich wurden

n) für das künftige Programm von den Abw. kann Aufbau der gesamten Bauteile als notwendige allgemeine organisatorischen Vorarbeiten gesehen, die Vorträge jedoch zwischen den Ingenieurstellen und den vorgeordneten technischen Bauteilen direkt abzuwickeln.

b) bei industriellen Einrichtungen die notwendigen Verbindungen zwischen den vollwertigen Betriebs- und den Instandhaltungsbereichen ohne Zwischenschaltung der Besätze getroffen.

4. Es empfiehlt sich, die Verträge über die gemeinsamen Verhandlungen zwischen Betrieb und Industriemuseum schriftlich abzuschließen. Diese Verträge müssen bei künftigen Bauverträgen, die von den Industriemuseen selbständig ausgeführt werden, u. a. folgende Regelung enthalten:

n) 1 Monat vor Einsetzbeginn müssen die Bauunterlagen (Zeichnungen, Baubeschreibung, Leistungsverzeichnis der von den Prüflingen auszuführenden Arbeiten usw.) vom Bauherrn übergeben werden;

b) 3 Monate vor Zinsübertragung können der Empfängerin genaue Angaben über vorherige Unterbringungs- und Verpflegungsmittelungen sowie über den wirtschaftlichen Vertreter (Besitzer) des Besitztums gemacht werden.

5. Die Baubetriebe erhalten den Ingenieuren die An- und Abreisekosten für die Praktika. Die Ingenieuren leiten die zur Erlangung der Fahrpreismäßigung notwendigen Maßnahmen ein. Unterkunft und Verpflegung sind von den Praktikanten aus dem ihnen gewährten Tage- und Übernachtungsgeld zu bestreiten.

6. Den Vertretern der Schule und des Baubetriebes wird empfohlen, einen Monat vor Beginn des Einsatzes eine gemeinsame Baustellenbegehung und Durchsprache des Bauablaufplanes stattfinden zu lassen.

7. Bei Übernahme ländlicher Bauvorhaben ist gegebenenfalls besonders zu beachten, daß

- die Ausmaße und Abrechnungen der Leistungen gemeinsam von den Vertretern der Ingenieurschule und des volkseigenen Baubetriebes aufgestellt und anerkannt werden müssen;
- die Baubetriebe den Ingenieurschulen auf ein anzugebendes Konto die vollen auf die geleisteten Arbeiten entfallenden Lohnanteile laut Festpreiskatalog einschließlich der gesetzlichen Zuschläge für Werkzeuge überweisen (a-Kontozahlungen nach Vereinbarungen);
- der Rat des Bezirkes den betreuenden Dozenten behilflich ist, mit schuleigenen oder vom Bezirk gestellten Fahrzeugen die Baustellen zu besuchen;
- bei Abschluß des Einsatzes Baustellen und Unterkünfte von den Ingenieurschulen in ordentlichem Zustand zu übergeben sind und darüber ein Protokoll aufzunehmen ist.

44. Kontenrahmenänderungen

Bezug: „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 12 1957 zu A 20

Die Kontengruppen 93 und 98 sind weiterhin wie folgt zu ergänzen:

Kontengruppe 93

Konto 9312 Zuführungen zum Prämienfonds für Betriebsberufsschulen und Lehrlingsausbildungsstätten

Kontengruppe 98

Konto 982 Prämienfonds für Betriebsberufsschulen und Lehrlingsausbildungsstätten der Betriebe.

Die Erweiterung des Kontenrahmens ist gemäß § 7 der Verordnung vom 11. Mai 1957 über den Betriebsprämienfonds sowie Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBI. I S. 289) erforderlich.

Diese Regelung gilt für das Jahr 1957.

45. Benutzung der Inlandfluglinien bei Dienstreisen

Erstattung der Flugreisekosten

In Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen dürfen bei Dienstreisen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik die Kosten für Flugkarten nur bis zur Höhe des Fahrpreises für die Benutzung der 1. Wagenklasse der Eisenbahn für die gleiche Strecke erstattet werden.

B. Besondere Teil

1. Technik und Entwurf

63. Kostenlose Projektierung von Gebäuderaubauten für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften

Bezug: Dienstanweisung Nr. 231/1957 — Verfügungen und Mitteilungen Nr. 8 zu B I 31 und Nr. 13/14 zu B I 55

Die Dienstanweisung Nr. 231 wird zu Ziffer 3 in Bezug auf die dem Ministerium für Aufbau zu machenden Angaben ergänzt. Hinter dem Satz „Dem Ministerium für Aufbau ist lediglich die angefallene Gesamtsumme der Projektierungsgebühren sowie die Anzahl der projektierten Objekte und deren Baukosten bekanntzugeben“ ist einzufügen:

„Dabei ist ausdrücklich mitzuteilen, daß die fachlich richtig gezeichneten und bestätigten Rechnungen vorliegen.“

64. Übersicht über die zur Zeit verbindlichen Typen- und Wiederverwendungsprojekte sowie über Entwurfsgrundlagen, Richtlinien usw. und über in Vorbereitung befindliche Typenunterlagen des Jahres 1957 für gesellschaftliche Bauten.

Bezug: Verfügungen und Mitteilungen Nr. 19/1956 zu B I 91

Die mit Bezugsverfügung bekanntgegebene Übersicht über die zur Zeit verbindlichen Typen und über die Wiederverwendungsprojekte wird zu Ziffer 3 „Gesellschaftliche Bauten“ durch die nachstehende Übersicht ersetzt.^{*)}

Gesellschaftliche Bauten

1. Typenprojekte

Lfd.Nr.	Typen-Nr.	Typenbezeichnung
A. Bauten des Gesundheitswesens		
1	633.21	Betriebsambulatorium
2	633.22	Landambulatorium
3	641.24	Kinderkrippenanbau, 24 Plätze (Grundprojekt)
4	641.42	Kinderkrippe, 42 Plätze
5	641.50	LPG-Kindergarten/Krippe, 50 Plätze
6	641.72	Kinderkrippe, 72 Plätze
B. Bauten der Volksbildung		
7	77.9	Kinderspielfeld
8	642.25	Kindergarten, 25 Plätze
9	642.50	Kindergarten, 50 Plätze
10	642.100	Kindergarten, 100 Plätze
C. Bauten der Körperkultur und des Sports		
11	631	Sportplatz Typ I
12	631	Sportplatz Typ II
13	631.03	Sportplatz Typ III
14	631	Sportplatzgebäude Typ I und II
15	631.5	Tennisplatz
16	631.03	Sportplatzgebäude Typ III
17	636.2	Freibad Typ I
18	636.22	Freibad Typ II
19	636.23	Freibad Typ III
20	631.7	Basketballplatz
21	631.4	Volleyballplatz
22	633.2	Turnhalle Typ II

^{*)} Zu Ziffer 3 „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ wurde ersetzt durch die Übersichts vom 1. Mai 1957, Verfügungen und Mitteilungen Nr. 2/1957 zu B I 61.

Baustypen zum Schutze der Gesellschaft		
Typen-Nr.	Typenbezeichnung	
702.1	Feuerwahrgeleichen F I	
702.2	Feuerwahrgeleichen F II	
702.3	Feuerwahrgeleichen F III mit Feuerwehrturm	

III. Wiederverwendungsprojekte

IM-Nr.	Projekt-Nr.	Projektbezeichnung	erhältlich bei
A. Bauten des Gesundheitswesens			
1	601	Ländliche Schwesterstation EBN Neubrandenburg	
2	601	Schwesterstation (Lehrbau) EBN Neubrandenburg	
B. Bauten der Volkshochschule			
3	623.511	Landwirtschaftl. Berufsschule, 52 Plätze EBN Halle	
4	623.5	Landwirtschaftl. Berufsschule, 104 Plätze EBN Halle	
C. Bauten der Körperkultur und des Sports			
5	655	Sportheim mit Gaststätte und Umkleide-EBN Aue	

Baustypen zum Schutze der Gesellschaft

Baustypen zum Schutze der Gesellschaft		
E. Bauten der Kultur		
6	611.1	Kulturhaus, 300 Plätze EBN Plohn
7	611.1	Kulturhaus, 300 Plätze EBN Potsdam
F. Bauten des Handels und der Versorgung		
8	371.1	Gemischwarenverkaufsstelle Typ „A“ EBN Rostock
9	371.2	Gemischwarenverkaufsstelle Typ „B“ EBN Schwerin
10	371.31	Landwarenhaus Typ „A“ ohne Imbissstube EBN Frankfurt/O.
11	372.32	Landwarenhaus Typ „A“ mit Imbissstube EBN Frankfurt/O.
12	371.4	Landwarenhaus Typ „B“ EBN Leipzig II
G. Sonstige Bauten		
13	194.1	Sozialgebäude, 300 Personen KFI Karl-Marx-Stadt

III. Entwurfsgrundlagen, -richtlinien usw.

IM-Nr.	Bezeichnung	Dokument	erhältlich bei
A. Bauten des Gesundheitswesens			
1	Richtlinie für Bau, Anordnung und Einrichtung von Räumen für die Physikalische Therapie	Richtlinie	DBA
2	Richtlinien und Entwurfsmormen für die Projektierung v. Geburtshilf. Abteilungen in der DDR	Richtlinie	DBA
3	Entwurfsgrundlagen für den Bau von Infektions-Krankenhäusern in der DDR	Entwurfsgrundlage	DBA
4	Entwurfsgrundlagen für den Bau und die Einrichtung von Land- und Kreiskrankenhäusern mit Polikliniken	Entwurfsgrundlage	DBA
B. Bauten der Volkshochschule			
5	Richtlinie für die Projektierung, den Bau und die Einrichtung von Landwirtschaftlichen Betriebsberufsschulen und Lehrlingswohnheimen in der DDR vom 31. 8. 1966	Richtlinie	Institut für Typung
6	Richtlinie für die Projektierung, den Bau und die Einrichtung von Berufsschulen und Lehrlingswohnheimen in der DDR vom 13. 8. 1963	Richtlinie	vergriffen
7	Richtlinie für Hörsäle	Richtlinie	Institut für Typung
8	Richtlinie für die Projektierung von Wohnheimen für Studierende, Schüler und Lehrlinge in der DDR	Richtlinie	Institut für Typung
9	Richtlinie für die Planung und Projektierung von Zubringer- und Mittelschulen in der DDR	Richtlinie	DBA
10	Entwurfsgrundlagen für den Bau und die Einrichtung von Kinderhorten	Entwurfsgrundlage	DBA
C. Bauten der Körperkultur und des Sports			
11	Bauweisen	Merkmalt	Institut für Typung
12	Tischhalle Typ III	Entwurfsgrundlage	Institut für Typung
13	Freibäder	Merkmalt	Institut für Typung

144. Nr.	Bezeichnung	Datum	
B. Bauten zum Schutze der Gesellschaft			
K. Bauten der Kultur			
14	Richtlinien und Konzepte für den Bau von Theatern	Richtlinie	Institut für Typen
15	Bildwerferbühnen	Richtlinie	Institut für Typen
16	Kleinfilmkinoanlagen Teil I und II	Richtlinie	Institut für Typen
F. Bauten des Handels und der Versorgung			
17	Entwurfgrundzüge für den Bau und die Einrichtung von Ladengeschäften	Entwurfgrundzüge	VEB
18	Verkaufsstelle des täglichen Bedarfs (für 5000 EW)	Studienentwürfe	VEB
G. Sonstige Bauten			
19	Vorläufige Richtlinien für Planung und Bau von Wäschereianlagen	Richtlinie	Institut für Typen
20	Vorläufige Richtlinien für Planung und Bau von Siedungswäschereien	Richtlinie	Institut für Typen

IV. In Vorbereitung befindliche Typen-Grundprojekte, Typenprojekte und Wiederverwendungsprojekte

144. Nr.	Projektschreibung	Datum	veranschlagt. Baukosten (Quadrat)
A. Bauten des Gesundheitswesens			
1	Feierabendheim		
a)	Bettentrakt 60 Pl. Typenprojekt	III/1957	
b)	Wirtschaftgeb. Grundprojekt		
2	Ledigenheim 60 Pl. Wiederverwendungsprojekt	IV/1957	
3	Landambulatorium 1/1 Typenprojekt	IV/1957	
B. Bauten der Volkshochschule			
4	Ergänzungsbauten für Wiederverwendungsprojekt	IV/1957	
a)	3 Klassen Typenprojekt	III/1957	
b)	3 Klassen u. Spez.-Klasse Typenprojekt	IV/1957	
5	Grundschule vierklassig, zweigeschossig Typenprojekt	III/1957	
6	Grundschule vierklassig, eingeschossig Typenprojekt	IV/1957	
7	einzügige Mittelschule Variante „A“ Grundprojekt	III/1957	
8	einzügige Mittelschule Variante „B“ Grundprojekt	III/1957	
9	zweizügige Mittelschule Grundprojekt	IV/1957	
10	Kindergärten (Sektion) eingeschossig Grundprojekt	IV/1957	
C. Bauten der Körperkultur und des Sports			
11	Turnhalle Typ I Typenprojekt	IV/1957	
D. Bauten zum Schutze der Gesellschaft			
12	Feuerwehrgerätehaus F IV Typenprojekt	IV/1957	
13	Feuerwehrgerätehaus F V Typenprojekt	IV/1957	
E. Bauten der Kultur			
F. Bauten des Handels und der Versorgung			
14	Einkaufsbasis des täglichen Bedarfs im Wohnkomplex für 3000 EW Grundprojekt	IV/1957	

II. Baustoffindustrie

12. Baustoffkatalog

Entsprechend einer Vereinbarung mit dem VEB Technik erfolgt nunmehr die Auslieferung des Baustoffkatalogs ab 20. August 1957 an den VEB Fachbuch-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 387.

Die Auslieferungen an die Besteller erfolgen von dem VEB Fachbuch-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 387. Alle dem Ministerium für Aufbau vorliegenden Bestellungen sind dem VEB Fachbuch-Verlagsanstalt zur Auslieferung übergeben worden.

Durch Umfangserweiterung sowie Hinzufügung von farbigen Beilagen hat sich der veranschlagte Preis erhöht.

Der neue Verkaufspreis beträgt 42,- DM

Bestellungen oder Veränderungen von Bestellungen müssen umgehend beim VEB Fachbuch-Verlagsanstalt erfolgen.

Da von einem Pflichtbezug Abstand genommen wurde, müssen alle Betriebe und Institutionen sich im Rahmen der Auflage selbst eine Belieferung sichern.

III. Baustandort

24. Mitteilung über die Drucklegung weiterer „Technologischer Karten“

Zu den in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ bereits aufgeführten „Technologischen Karten“ können ab Oktober 1957 die weiteren nachbezeichneten „Technologischen Karten“ bestellt und ausgeliefert werden. Darüber hinaus erfolgt die Wiedergabe der „Technologischen Karten“ in der Deutschen Bau-Enzyklopädie.

Hauptgruppe 2 00 00 Verfahrtransport
103 02 Druckluftförderung von Beton mit 4,0 m³ Kompressor und 0,5 m³ Treiböl

Hauptgruppe 2 00 00 Erdbetten
302 43 Erdbetten mit Universal-Raupenbagger Größe 3, Zugachse, 120° Schwenkwinkel, Abschütten auf Kippe

44 dte. 120° Schwenkwinkel, Abschütten Dumper oder LEW

* Vgl. Nr. 5, 10/1957 an B III 00

Nr. 11, 12/1957 an B III 00

Nr. 12, 13/1957 an B III 00

Nr. 13, 14/1957 an B III 00

5. auch Änderungen für die verbleibende Auflage

mit Nr. 5/1957

2. 12° Schwenkwinkel
 3. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 4. 12° Schwenkwinkel
 5. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 6. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 7. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 8. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 9. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe
 10. 12° Schwenkwinkel, Abschleppen in Mol-
 derklappe

Hauptgruppe 4 00 00 Gründungsarbeiten

- 402 01 Statisch arbeitende Pfahltriebe
 a) Hebebaum mit Dreifock u. Flaschenzug
 b) Spindelwinde mit Doppelzange und
 Dreifock mit Flaschenzug

Hauptgruppe 5 00 00 Mauerarbeiten

- 503 01 Herstellen von Hohlblockmauerwerk, 30 cm
 stark in der Zweiergruppe
 503 02 Herstellen von Hohlblockmauerwerk, 24 cm
 stark in der Zweiergruppe

Hauptgruppe 6 00 00 Beton- und Stahlbeton- arbeiten

- 604 01 Betonstahl-Bearbeitungsanlage bei 80 t Leistg.
 je Monat im Einschichtbetrieb
 a) Stumpfschweißen
 b) Strecken
 c) Schneiden und Biegen

Hauptgruppe 7 00 00 Bohr- und Sprengarbeiten

- 701 01 Bohren und Sprengen
 Bohr- und Bohrhilfsgeräte
 Elektr. Zündmaschine, Prüf- u. Spreng-
 sowie Kleingerät
 Sprengstoffe und Zündmittel in der Bau-
 industrie

- 701 03 Bohren und Sprengen
 Umfangreiche Massengewinnung durch
 Reihenladung

Die vorgenannten „Technologischen Karten“ sind beim
 Buchhaus Leipzig, Leipzig O 5, Täubchenweg 83, zu
 beziehen.

Alle Interessenten werden gebeten, ihre Bestellungen
 dort aufzugeben.

33. Versorgungsprogramm der Leitstelle für Baumaschinen-Ersatzteile und -Zubehör (LBZ) in Cossebaude.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Ersatzteilversor-
 gung wird die Belieferung der Betriebe mit komplet-
 ten Baugruppen bzw. Austauschaggregaten zu Fest-
 preisen durchgeführt.

Die LBZ Cossebaude hat bereits ein umfangreiches
 Programm für Baugruppen der

Universalbagger UB 73 und 100
 Hinterkipper G 3 und H 8

und beginnt jetzt mit der ersten Baugruppe — der
 Motor — für die ungarischen Dieseldumper.

Ab sofort sind alle zur Generalreparatur fälligen Mo-
 toren der o. a. Typen bei der LBZ zum Umtausch abzu-
 geben. Der Umtausch bzw. die Generalüberholung
 erfolgt zu Festpreisen. Die LBZ gibt keine Ersatzteile
 für Generalreparaturen mehr ab.

Motorersatzteile für laufende Instandsetzungen, die
 in den Betrieben vorgenommen werden, liefert die
 LBZ nach wie vor aus.

IV. Preise

A. Arbeitskreise für die Auslegung und An- wendung der Baupreispreise

Anlässlich von Arbeitstagen wurden in allen Be-
 zirkten Arbeitskreise aus qualifizierten Kollegen für die
 Auslegung und Anwendung der Baupreispreise gebil-
 det.

Diese Arbeitskreise setzen sich zusammen aus Ver-
 tretern

des Hauptreferates Preise des Rates des Bezirkes,
 der Abteilung Aufbau des Rates des Bezirkes,
 der Deutschen Investitionsbank, Filiale
 der Aufbauleitung des Bezirkes (soweit vorhanden),
 der volkseigenen Baubetriebe,
 der Entwurfsbüros,
 der volkseigenen Ausbaubetriebe.

B. Aufgaben der Arbeitskreise

1. Die Arbeitskreise haben die Aufgabe, Zweifels-
 fragen bei der Auslegung und Anwendung der Bau-
 preispreise und sonstiger preisrechtlicher Bestim-
 mungen im Zusammenhang mit Bau- und Ent-
 wurfsleistungen auf der Grundlage der gültigen
 Preisvorschriften zu klären und die Hauptreferate
 Preise bei deren Entscheidungen zu beraten.
2. Die Arbeitsergebnisse sind in Protokollen nieder-
 zulegen. Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung
 sind dem Ministerium für Aufbau — Zentrale Abtei-
 lung Preise — schriftlich zur Kenntnis mitzuteilen.
3. Fragen, die im Arbeitskreis nicht entschieden wer-
 den können, sind dem Ministerium für Aufbau
 Zentrale Abteilung Preise — mit einer Stellung-
 nahme des Arbeitskreises zur Entscheidung vorzu-
 legen.
4. Der Arbeitskreis ist nicht befugt, Preisbildungs-
 aufgaben durchzuführen. Aufgaben der Preisbil-
 dung hat er der Zentralen Abteilung Preise des
 Ministeriums für Aufbau unter Beifügung einer
 Stellungnahme zuzuleiten.
5. Der Arbeitskreis hat nicht nur Vorgänge der volks-
 eigenen Betriebe, sondern auch solche der privaten
 Wirtschaft zu behandeln.

B. Verfahren

1. Bei strittigen Fragen zwischen Vertragspartnern
 sind grundsätzlich beide Teile anzuhören, bevor
 eine Entscheidung getroffen wird.
2. Alle beim Ministerium für Aufbau — Zentrale
 Abteilung Preise — eingehende Post von Baubetrie-
 ben und Entwurfsbüros, die die Klärung von Preis-
 fragen zum Gegenstand haben, ohne über den
 Arbeitskreis gegangen zu sein, werden dem Arbeits-
 kreis zur Entscheidung bzw. Stellungnahme zuge-
 stellt.

C. Verantwortung

Nachstehend werden die Namen und Dienstanschriften
 der Leiter der Arbeitskreise wie folgt bekannt-
 gegeben:

Bezirk	Name und Anschrift
Cottbus	Glücks, Walter, Oberreferent Rat des Bezirkes — HR Preise —
Dresden	Herrmann, Oberreferent Rat des Bezirkes — HR Preise —
Erfurt	Pfeiffer, Hauptreferent Rat des Bezirkes — HR Preise —
Frankfurt/Oder	Kempen, Oberreferent Rat des Bezirkes — HR Preise —
Gera	Petersen, Hauptreferent Rat des Bezirkes — HR Preise —

Beife	Beife, Hauptreferent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Karl-Marx-Stadt	Martin, Leiter des HB Preise Rat des Bezirkes
Leipzig	Schäpke, Martin, Referent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Magdeburg	Schneider, Hauptreferent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Moskau	Hermann, Oberreferent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Potsdam	Becker, Rudolf, Referent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Regensburg	Vitzke, Oberreferent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Schwetznitz	Raschke, Referent Rat des Bezirkes — HB Preise —
Suhl	Bauer, Hans, Oberreferent Rat des Bezirkes — HB Preise —

9. Preise für Fundamentierungsarbeiten bei Starkstromanlagen gemäß Preisverordnung Nr. 642 vom 22. September 1936 über die Preise für Starkstrom-Montage-Leistungen (GBI. I S. 848)

Ziffer 4 der Anlage zur Preisverordnung Nr. 642 wird zur Zeit überwiegend unzutreffend ausgelegt. Zur Klarstellung wird im Einvernehmen mit der Regierungskommission für Preise und dem Ministerium für Schwermaschinenbau mitgeteilt, daß unter Fundamentierungsarbeiten im Sinne der genannten Bestimmungen nicht Bauleistungen zu verstehen sind. Bauleistungen sind vielmehr nach der Preisverordnung Nr. 561 vom 15. Dezember 1935 über die Preisbildung für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie (GBI. I S. 907) abzurechnen.

10. Kostenermittlung für Stahlbetonfertigteile bei Bauobjekten in Stahlbetonskelett- oder ähnlichen Konstruktionen (Baustellenfertigung durch den Baubetrieb)

Bei der Preisbildung für Stahlbetonfertigteile, die auf der Baustelle durch den Baubetrieb hergestellt werden, sind im Preis die Kosten nachbezeichneter Leistungen nach den Prinzipien der Preisverordnung Nr. 561 zu erfassen:

1. Herstellung der unbedingt notwendigen Arbeitsfläche nach Festpreisen.
Bei Fertigteilen größerer Industrieobjekte ist bei der Kostenermittlung der Arbeitsfläche zu unterscheiden, inwieweit für das eigentliche Bauobjekt geplante Bauteile, wie z. B. Kranbahnen, Lagerflächen, Betonstraßen usw., vorübergehend zur Herstellung der Fertigteile benutzt werden können.
2. Betonmischen, Einbringen monolithisch und ebenerdig nach Festpreisen für Streifenfundamente.
3. Herstellen der Schalungsform einschließlich notwendigem Beschlag bei mehrmaliger Verwendung.
4. Stahlbewehrung, Biegearbeiten und Einbringen der Bewehrung ebenerdig nach Festpreisen entsprechend der festgelegten Konstruktionsart.
5. Stapeln der Fertigteile, maschinell mit einer mittleren Transportentfernung von 20 m.
6. Transport vom Stapelplatz zur Montagestelle bis 100 m mit Gleis- und Plattenwagen.
7. Montage (einschließlich Krankosten), wobei als Richtwert ein Höchstpreis von 20 DM/t nicht überschritten werden darf.

11. Services der Vertriebsstellen, kalkulatorische Einheiten und Anwendung der prozentualen Zuschläge

Alle zur Bewehrung, zum Transport und für die Montage der Bauteile benötigten Maschinen, Geräte, Transportfahrzeuge und Bistage sind mit dem Baustellenverbrauch des Objektes abzugreifen.

11. Lohnnebenkosten bei zentralen Maschinenlagern und Biegeplätzen

Aufwende Lohnnebenkosten bei zentralen Maschinenlagern und Biegeplätzen, die nicht für ein Bauverfahren, sondern zentral für mehrere Bauverfahren eingerichtet werden, dürfen nicht weiterberechnet werden. Diese Kosten sind aus den Einparsummen zu decken, die sich bei der Durchführung einer Maßnahme gegenüber den mit den Festpreisen verplante Kosten ergeben (z. B. technische Vervollkommenung, Vermeidung von Leerlauf, sortimentsgerechtere Ausstattung, Senkung des Verschleißes, Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte, Senkung der Lohnnebenkosten durch Einsatz ortsansässiger Arbeitskräfte).

12. Liste der Baustellenbereichszuschläge — A 1 der Anlagen zum Festpreiskatalog (Teil I) für Bauhauptleistungen

Als Bauvorhaben im Sinne der Baustellenbereichszuschläge für Siedlungsbauten und individuellen Wohnungsbau sind anzusehen:

1. Siedlungsbauten, eingeschossig, mit oder ohne Ausbau des Dachgeschosses,
2. der individuelle Wohnungsbau auf Grund
 - a) des Abschnittes 1 der Verordnung vom 4. März 1934 über die Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaues (GBI. S. 233),
 - b) des Gesetzes vom 15. September 1934 über die Aufnahme des Bauparers (GBI. S. 783),
 - c) der Verordnung vom 24. Januar 1937 über die Förderung des Baues von Eigenheimen in Landgemeinden (GBI. I S. 121).

Wenn diese Bauten als Ketten- oder Reihenhäuser ausgeführt werden, kommt der Zuschlag von vier Prozent in Frage.

13. Liste der Preise für Transportleistungen — A 4 der Anlagen zum Festpreiskatalog (Teil I) für Bauhauptleistungen

Der in der „Liste für Transportleistungen gemäß Preisgruppe I und II bis 8 km Entfernung von der Empfangsstation zur Baustelle — A 4“ unter der laufenden Nr. 21 — Baustelleneinrichtung — angegebene Preis in Höhe von 4,30 DM/t gilt für alle Baumaschinen und Baugeräte, unabhängig von der Größenordnung.

14. Festpreise für offene Wasserhaltung — Pos. 18.0 ff des Festpreiskataloges (Teil I) für Bauhauptleistungen

In den Festpreisen für Bereitchaftsstunden bei offener Wasserhaltung ist die Überwachung einer Pumpe durch einen Pumpenmaschinisten vorgesehen. Werden mehrere Pumpen aufgestellt, so sind unter Berücksichtigung der Lage derselben die Kosten für die Überwachung kalkulatorisch zu ermitteln und zu decken.

15. Festpreise für Eisen- und Stahlbauarbeiten — Berücksichtigung

Bei den Festpreisen Pos. 22 698 und Pos. 22 693 des Festpreiskataloges (Teil I) für Bauhauptleistungen muß es unter der Spalte „Bauart“ richtig heißen:

1 = wie bisher 1 = 2)

Nachstehende Festpreis-Positionen sind unter Berücksichtigung der Festpreise in folgender beiderseitiger Fassung:

Pos. 22 698 1 = Träger, die bestenfalls Stützen einschließen, als Zuschlag zu Pos. 616

Pos. 22 693 1 = Träger, die bestenfalls Stützen einschließen, als Zuschlag zu Pos. 616

16. Festpreise für Bohrarbeiten — Pos. 110.0 B des Festpreiskataloges (Teil I) für Bauhauptleistungen

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß die im Sonderdruck Nr. 173 des Gesetzblattes veröffentlichten Festpreise für Bohrarbeiten keine Geltung haben für:

- Gründungsbohrungen (Bohrpfählergründungen, Brunnengründungen usw.),
- bergbauliche Aufschluß- und geologische Erkundungsbohrungen,
- Bohrungen für Grundwasserabsenkungs-Brunnen.

Für die unter a) bis c) aufgeführten Arbeiten sind die Preise unter Berücksichtigung der Preisordnungen Nr. 561 vom 15. Dezember 1953 über die Preisbildung für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie

in den S. 397, Nr. 562 5 vom 1. Januar 1954, S. 398 und Nr. 562 6 vom 1. Juni 1954, Druck Nr. 27 des Gesetzblattes) enthalten.

17. Reparaturverträge

Im Einvernehmen mit der Deutschen Bauwirtschaft — Zentrale — Berlin können im Festpreis Nr. 100 unter „Sonstiges“ für die Kosten der Reparaturarbeiten bei Neubauten bis zu 3 Prozent der Veranschlagten Kosten verrechnet werden. Diese Mittel sind Aufwandsgeber zur Verfügung. Der Baubetrieb trägt die Reparaturkosten auf Nachweis der Kostenpläne hierfür verrechnete Summe der Kosten.

18. Verrechnung der von AWG oder LPG erbrachten Eigenleistungen bei Sand und Kies Bezug: Verfügungen und Mitteilungen Nr. 31937 zu B III 7

Im Gegensatz zu dem in den Verfügungen und Mitteilungen Nr. 31937 unter B III 7 gegebenen Hinweis haben die Baubetriebe, sofern die AWG bzw. LPG dem Baubetrieb Sand oder Kies verrechnungsfähig zur Verfügung stellt, der AWG bzw. LPG 15,25 DM/m³ zu vergüten. Existieren dem Baubetrieb für die Aufbereitung des Sandes oder Kieses zusätzliche Leistungen, so ist der obige Preis um die hierfür anfallenden Kosten zu mindern. Vgl. Ziffer 3g der Anordnung vom 22. Januar 1953 über die Durchführung und Verrechnung von Eigenleistungen bei den volkseigenen Baubetrieben ausführenden Bauvorhaben der AWG und LPG (GBI. I S. 116).

I. V. Kosel
Staatssekretär

Ein für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

50X1-HUM

1957

Berlin, den 1. August 1957

INHALTSVERZEICHNIS

A. Allgemeiner Teil		Seite	Planbearbeitungen oder Ausführungsunterlagen		Seite
37. Beschluß über die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder in der Typenprojektierung	1	61. Lehmbohleergänge 1957/58	8	62. Nachwuchsteilnahme für Güteingenieure „Bausausführung“	8
38. Anträge auf Beschäftigung der Baustellen des Kombinars „Schwarze Pumpe“ und der Wohnstadt Hoyerswerda	3	II. Baustoffindustrie			
39. Mitteilung über die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 — Teil Arbeitskräfte, Arbeitsproduktivität und Lohn sowie Berufsausbildung	3	III. Bauindustrie			
40. Steuernummern der zentralgeleiteten Betriebe	4	29. Lohnnebenkosten für Lehrlinge	6	30. Abrechnung der Bauleistungen der landwirtschaftlichen Baubrigaden	6
B. Besonderer Teil					
1. Technik und Entwurf					
58. Richtlinien zur Anordnung über Maßnahmen des Bauwesens zur Sicherung der Energiewirtschaft	4	31. Baumaschinen-Berichterstattung	6	32. Technische Richtlinien für Winterbauarbeiten	7
59. Dienstsanweisung Nr. 263/57 zur Neuordnung verfahrensrechtlicher und bautechnischer Bestimmungen im Bauwesen	5	33. Angebot zur vermögensrechtlichen Umsetzung	7	IV. Preise	
60. Zulassung zur Herstellung baukünstlerischer, bau- oder ingenieurtechnischer Entwürfe		C. Buchbesprechungen			
		6. Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz, Theoretische Zeitschrift, herausgegeben vom Institut für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung in Dresden	7		

A. Allgemeiner Teil

37. Beschluß über die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder in der Typenprojektierung Vom 22. Mai 1957

Vom 21. bis 27. Mai 1957 fand in Berlin die 1. Internationale Tagung über Typenprojektierung statt. An ihr nahmen Delegationen aus folgenden Ländern teil:

VR Albanien	Leiter der Delegation: Herr Sali Angoni, Direktor des Projektierungs-Instituts
VR Bulgarien	Leiter der Delegation: Herr Georgi Jordanoff Brankoff, Stellv. Direktor des Bauforschungs-Instituts beim Ministerium für Bauwesen
VR China	Leiter der Delegation: Herr Shi Qianbin, Chefsachverständiger des Hauptamtes für Projektierung (als Beobachter)
CSSR	Leiter der Delegation: Herr Erik Kohn, Stellv. Vorsitzender der Zentralen Verwaltung für Wohnung- und Gebäudewesen
DDR	Leiter der Delegation: Herr Gerhard Kahl, Stellv. Leiter und 1. Stellvertreter des Instituts für Aufbau
VR Kuba	Leiter der Delegation: Herr Elio Soria, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Bauwesen

VR Polen	Leiter der Delegation: Herr Stefan Farjaszewski, Vizeminister des Ministeriums für Bauwesen
VR Rumänien	Leiter der Delegation: Herr Ion Silvan, Direktor des Instituts für Projektierung von Typenbauten
CSSR	Leiter der Delegation: Herr W. I. Korobow, Stellv. Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Bauwesen des Ministeriums der UdSSR
VR Ungarn	Leiter der Delegation: Herr Karl Václavský, Leiter der Hauptabteilung Projektierung des Ministeriums für Aufbau

Die von Jahr zu Jahr wachsenden Investitionen der sozialistischen Länder, die im Interesse der steigenden Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Völker des sozialistischen Lagers die ständige Steigerung der produktiven Produktion auf allen Gebieten der Volkswirtschaft bedeuten, sind mit der Erweiterung neuer wichtiger Aufgaben im Bauwesen verbunden.

Die sozialistischen Länder müssen diese Aufgaben mit dem größtmöglichen Eifer, wenn sie sich auf die wirtschaftlichen Erfahrungen im Bauwesen stützen und konsequent auf dem Wege der Internationalisierung des Bauwesens umsetzen. Eine Voraussetzung dafür bildet die Projektierung, die in internationaler und produktiver Zusammenarbeit ihren Aufgaben gerecht, und die von den besten Fachkräften der Wissenschaft und Technik begleitet wird. Die Typenprojektierung ermöglicht

diesen Anforderungen und sichert ein rasches Bauen, verbunden mit hoher Qualität und einer Senkung der Baukosten. Die Typenprojektierung ist gleichzeitig ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Städtebaus.

Die sich stetig entwickelnden Handelsbeziehungen und die enge Zusammenarbeit auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik zwischen den sozialistischen Ländern erfordern eine intensivere Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet des Bauwesens. Diese muß sich in einer Vereinheitlichung von Anlagen, Bauwerken, Baukonstruktionen, Bauelementen, Baumethoden und baulichen Ausrüstungen verwirklichen. Eine wichtige Vorbedingung dazu ist die Anwendung einer einheitlichen Maßordnung.

Ein Erfahrungsaustausch im erforderlichen Umfang, vor allem eine umfassende Typisierung und Unifizierung lassen sich nur zwischen den sozialistischen Ländern durchführen, die weder kapitalistische Konkurrenz noch Geschäftsgeheimnisse einzelner Firmen kennen. Nur in den sozialistischen Ländern unter den Bedingungen der Planwirtschaft ist es möglich, zur allgemeinen Anwendung von Typenprojekten und damit zu den fortschrittlichsten Methoden der Projektierung und Bauausführung überzugehen.

Die Tagung hatte die Aufgabe, eine Reihe von prinzipiellen Fragen der Methode und der Durchführung der Typenprojektierung zu klären, um zu einheitlichen Gesichtspunkten in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern zu gelangen.

Die Tagung führte ihre Arbeiten in der Form von Plenartagungen durch, auf welchen die Vertreter der einzelnen Länder über den Stand und die Aufgaben der Typenprojektierung berichteten. Die Fragen der Methodik der Typenprojektierung sowie spezielle Probleme der Typung von Wohn- und gesellschaftlichen Bauten, von Industriebauten und landwirtschaftlichen Bauten wurden in vier Arbeitsgruppen eingehend behandelt. Die Vorschläge und Vereinbarungen dieser Gruppen sind in Protokollen niedergelegt.

Aus den Berichten, den Ergebnissen der Arbeitsgruppen, aus der umfangreichen internationalen Ausstellung anlässlich der Tagung und aus Filmvorführungen geht hervor, daß in den einzelnen Ländern in der Typenprojektierung und dem Bauen nach Typenprojekten bereits große Erfolge erreicht wurden. In der Sowjetunion wurden z. B. im Jahre 1957 etwa 80 % aller Wohnungsbauten und 40 bis 60 % der verschiedenen Kategorien von Industriebauten nach Typenprojekten errichtet.

Die Notwendigkeit einer internationalen Abstimmung auf dem Gebiet der Typenprojektierung ist offensichtlich. Im Falle, in dem mehrere sozialistische Länder an der Errichtung von großen Industrieanlagen gemeinsam beteiligt sind, beim Aufbau einer Bau- und Montagebrigade in den sozialistischen Ländern ist eine internationale Abstimmung eine unumgängliche Voraussetzung.

Die Tagung, die im Geiste einer engen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ländern durchgeführt wurde, hatte einen vollen Erfolg und bewies die Möglichkeit, zu einer Vereinheitlichung bei der Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu gelangen.

Die Tagung bot allen Gelegenheit, sowohl ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Typenprojektierung auszuwechseln als auch Grundlagen der weiteren Zusammenarbeit im Bauwesen zwischen den sozialistischen Ländern festzulegen.

I.

Die Verbesserung des Bauwesens der sozialistischen Länder ist der intensive Erfahrungsaustausch eine wichtige Voraussetzung. In Einklang mit diesem emp-

fehlt die Tagung den Teilnehmerländern die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Aufbau eines systematischen Informationsdienstes, der sich auf den Austausch von Forschungsergebnissen, Typenprojekten, Elementenkatalogen, Produktionstechnologien, Standards, Richtlinien usw. sowie auf den Austausch der Pläne auf dem Gebiet der Typenprojektierung erstreckt.
2. Die Verwendung eines internationalen Typen-Karteiblattes, das eine einwandfreie Auswertung und Einschätzung von Typenprojekten ermöglicht.
3. Die Einführung einer einheitlichen Darstellungsmethode in der Typenprojektierung, die eine unmittelbare Übernahme von Projektierungsunterlagen gestattet.
4. Die Ausarbeitung einer Klassifizierung, die eine allgemeine Übersicht und Einordnung des Materials erlaubt.

II.

Die Entwicklung der Typenprojektierung in den sozialistischen Ländern macht besonders im Zusammenhang mit dem immer größer werdenden Export und Import von Industrieanlagen und Fertigungsmaschinen des Bauwesens eine direkte internationale Zusammenarbeit zum Zwecke der Vereinheitlichung von bautechnischen Grundlagen erforderlich. Die Tagung empfiehlt den Teilnehmerländern die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Eine internationale Abstimmung über die wichtigsten in der Typenprojektierung gebräuchlichsten Begriffe.
2. Die Schaffung einer international gültigen Maßordnung.
3. Die Zusammenarbeit bei der Vereinheitlichung der Grundabmessungen und Konstruktionen im Bauwesen (Unifizierung).

III.

Zur Nutzbarmachung der besonderen Erfahrungen der einzelnen Länder und zur Vermeidung von unnötiger Parallelarbeit wird eine Arbeitsteilung innerhalb der Typung der sozialistischen Länder für zweckmäßig erachtet. Diese ist um so notwendiger, als nicht alle Länder die Möglichkeit haben, die erforderlichen Forschungsarbeiten zu betreiben und die Vielzahl der Typenprojekte auszuwerten sowie notwendige Erprobungsarbeiten durchzuführen. Die Tagung empfiehlt daher den Teilnehmerländern:

1. Vorschläge und Wünsche für eine Spezialisierung hinsichtlich der Forschung und Typenprojektierung entsprechend den besonderen Erfahrungen der einzelnen Länder auf bestimmten Arbeitsgebieten auszuwerten.
2. Vorschläge für eine Spezialisierung in der Typenprojektierung, insbesondere im Industriebau, auszuwerten, die von den Möglichkeiten der einzelnen Länder zur Lieferung von industriellen Ausrüstungen, Einrichtungen, Anschlüssen und Bauelementen ausgehen, und die bei der Realisierung der Typenprojekte Anwendung finden.

IV.

Zur Organisation der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im Bauwesen, insbesondere auf dem Gebiet der Typenprojektierung, ist es notwendig, ein organisatorisches Zentrum zu bilden.

Das Plenum der internationalen Tagung über Typenprojektierung vertritt die Ansicht, daß die geeignetste Form eines solchen Zentrums die Bildung einer Fachkommission „Typenprojekte“ beim Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit einer besonderen Unterkommission für Typenprojektierung ist.

Das Plenum beschließt daher:

An den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist ein Antrag zu stellen, mit der Bitte, die Bildung einer ständigen Kommission „Bauwesen“ auf der nächsten Sitzung des Rates zu behandeln.

Die Leiter der Delegationen der auf der Internationalen Tagung über Typenprojektion vertretenen Länder verpflichten sich, ihren Regierungen diesen Antrag mit der Bitte um Unterstützung zu unterbreiten.

Das Plenum beschließt weiterhin:

1. Die Teilnehmerländer benennen eine geeignete Institution, die ständig die Fragen der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Typenprojektion für das betreffende Land vertritt.
2. Die Teilnehmerländer übernehmen die termingemäße Durchführung der laut Protokoll der Arbeitstagen übernommenen Aufgaben.
3. Die zuständigen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik werten die Ergebnisse der 1. Internationalen Tagung über Typenprojektion aus und stellen allen Teilnehmerländern einen Bericht zur Verfügung. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten verpflichten sich die anderen Teilnehmerländer bei dieser Auswertung Hilfe zu leisten. Bis zur Bildung eines ständigen organisatorischen Zentrums nimmt das bestehende Organisationskomitee der 1. Internationalen Tagung über Typenprojektion die mit der Durchführung der Beschlüsse verbundenen organisatorischen Maßnahmen wahr. Die Unterlagen und Ergebnisse der Tagung werden der mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Vietnam und der föderativen Volksrepublik Jugoslawien, die auf der Tagung nicht vertreten waren, übergeben.
4. Die anlässlich der 1. Internationalen Tagung über Typenprojektion in Berlin gezeigte Ausstellung wird als Wanderausstellung in einem festzulegenden Turnus den Teilnehmerländern zur Verfügung gestellt.
5. Internationale Tagungen über Typenprojektion sind periodisch durchzuführen. Die nächste Tagung findet im II. Quartal 1958 in Moskau statt.

Im Namen des Plenums der 1. Internationalen Tagung über Typenprojektion:

Berlin, den 27. Mai 1957

gez. Sali Angoni gez. Georgi Jordanoff Brankoff
gez. Shi Chia-Kan (als Beobachter) gez. Erich Kohn
gez. Gerhard Kiesel gez. Kim San-In
gez. Stefan Farjasewski gez. Jon Silvan
gez. W. I. Korobow gez. Karl Valentin

38. Anträge auf Besichtigung der Baustellen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ und der Wohnstadt Hoyerswerda.

In der letzten Zeit häufen sich bei verschiedenen Dienststellen Anträge auf Besichtigung der Baustellen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ und der Wohnstadt Hoyerswerda (einschließlich Plattenwerk). Es wird darauf hingewiesen, daß die Genehmigung derartiger Anträge nur in besonders begründeten Fällen gegeben wird, da eine zu große Zahl von Besichtigungen die Arbeit auf den Baustellen beeinträchtigt.

Für die Genehmigung derartiger Anträge wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kohle und Energie folgendes festgelegt:

1. Anträge auf Besichtigungen der Baustellen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ von Bauern, Bauarbeitern und sonstigen Mitarbeitern des Bauwesens, die dem Ministerium für Aufbau durch oder den Abteilern Aufbau bei den Eltern der

Bezirke und Kreise unterstellt sind, sind an den Leiter der Hauptverwaltung Industrie- und Spezialbau im Ministerium für Aufbau zu richten.

2. Anträge auf Besichtigungen des Bauvorhabens Wohnstadt Hoyerswerda (einschließlich Plattenwerk) sind an den Leiter der Hauptabteilung Städtebau und Dorfplanung im Ministerium für Aufbau zu richten.

3. Alle Anträge sind zu begründen (Angabe des Zweckes, welcher mit der Besichtigung erreicht werden soll, der Anzahl und beruflichen Zusammensetzung der Teilnehmer, des vorgeschlagenen Zeitpunktes des Besuches usw.).

4. Etwaigen Wünschen auf Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegung aus dem Werkkochenessen kann nicht entsprochen werden. Die Besucher haben für Übernachtung und Verpflegung selbst zu sorgen, ohne die entsprechenden Einrichtungen auf den Baustellen in Anspruch zu nehmen.

5. Ein überbetrieblicher Erfahrungsaustausch, der von den bauausführenden Betrieben auf den Baustellen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ und der Wohnstadt Hoyerswerda mit anderen Baubetrieben organisiert wird, bedarf nicht der Genehmigung des Ministeriums für Aufbau. Hierfür sind die Direktoren der bauausführenden Betriebe auf den Baustellen des Kombinats „Schwarze Pumpe“ und der Wohnstadt Hoyerswerda selbst verantwortlich.

39. Mitteilung über die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 — Teil Arbeitskräfte, Arbeitsproduktivität und Lohn sowie Berufsausbildung —

Bezug: Methodische Richtlinien zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 für die zentralgeleiteten Betriebe und Einrichtungen und die Systematik der örtlichen Planung.

Regionale Abstimmung der Anzahl der Arbeitskräfte.
Alle zentralgeleiteten sozialistischen Betriebe sowie staatlichen Einrichtungen haben einen Auszug aus ihrem Planvorschlag 1958 den Plankommissionen der Räte der Kreise zu übergeben. Die örtlichen Baubetriebe übergeben ihren Auszug den Abteilungen Arbeit und Berufsausbildung bei den Räten der Kreise. Für die Bauindustrie ergeben sich hierbei einige Besonderheiten. Mit der Staatlichen Plankommission wurde daher folgendes festgelegt:

- a) Die regionale Arbeitskräfteabstimmung der Planvorschläge hat nicht nach dem Sitz des Betriebes, sondern nach den einzelnen größeren bzw. wichtigen Baustellen des Betriebes zu erfolgen. Befinden sich diese Baustellen außerhalb des Kreises des Betriebesitzes, so hat die Abstimmung mit dem für die Baustelle zuständigen Kreis zu erfolgen.
- b) Als größere Baustellen werden diejenigen betrachtet, die im Spitzendurchschnitt wenigstens 80 Arbeitskräfte beschäftigen, darüber hinaus ähnliche Schwerpunktbauprojekte des Kohle- und Energieprogramms.
2. a) Der Betrieb hatte die Arbeitskräfteabstimmung bis zum 29. Juli 57 mit dem jeweiligen Rat des Kreises vorzunehmen, in dem sich die für die Arbeitskräfteabstimmung in Frage kommenden Baustellen befinden.
- b) Es am 2. Oktober 57 erfolgt die Abstimmung des dem Betrieb nach dem 29. Juli 57 bekannt gewordenen übrigen Objekte.

Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen. Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen. Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen.

Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen. Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen. Die Räte der Betriebe sind verpflichtet, die in den Planvorschlügen enthaltenen Aufgabenstellungen zu erfüllen.

1. Veranschaulichte Anzahl der Beschäftigten eines Lehrhanges am 31. Dezember 57.
2. Geplante veranschaulichte Anzahl der Beschäftigten eines Lehrhanges am 31. 12. 58.
3. Ungeplanter Bedarf bzw. Überhang an Arbeitskräften, darunter weiblich.

4. Berufsausbildung.

Für die regionale Abstimmung der Planvorschlüge der Berufsausbildung ist entgegen der Festlegung für den Planstell Arbeitskräfte von dem Sitz des Betriebes auszugehen.

Die Abstimmung erfolgt für alle Betriebe mit der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung beim Rat des Kreises.

46. Steuernummern der zentralgeleiteten Betriebe.

Nachfolgend werden den zentralgeleiteten Betrieben die ersten vier Stellen der Steuernummern zur Information und Überprüfung mitgeteilt. Wie das Ministerium der Finanzen - HA Staatsentnahmen - festgestellt hat, wurden den Betrieben nicht in jedem Fall von den Räten der Kreise die richtigen Steuernummern zugewiesen.

Sollten die Betriebe gegenüber den nachstehend aufgeführten Steuernummern Abweichungen feststellen, so haben sie sich umgehend mit dem zuständigen Rat des Kreises - Abteilung Finanzen - zwecks Erteilung der richtigen Steuernummer in Verbindung zu setzen.

Steuernummer 0050 für die Betriebe der HV Grob-
keramik und Natursteine

Steuernummer 0051 für die Betriebe der HV Zement
und Baustoffe

Steuernummer 0400 für die Betriebe der HV Industrie-
und Spezialchemie

Steuernummer 6333 Projektierungs- und Konstruktions-
betriebe (ZPKB HZB).

B. Besonderer Teil

1. Technik und Entwurf

53. Richtlinien zur Anordnung über Maßnahmen des Bauwesens zur Sicherung der Energieeffizienz

vom 25. Juni 1957

Auf Grund von § 1 Abs. 4 der Verordnung vom 18. April 1957 über Maßnahmen des Bauwesens zur Sicherung der Energieeffizienz (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 9 1957 zu B I 13, Nr. 10 1957 zu B I 13) ergeben folgende Richtlinien:

1. Im allgemeinen Rahmen ist die Planung und Ausführung von elektrischer Heizungs- und Heizungsanlagen, elektrischen Wärmepumpen und elektrischen Geräten mit hohen Anschaffungskosten, wenn keine Ausnahmsregelung vorliegt (§ 1 Abs. 2 der Verordnung) nicht mehr zulässig.

Für die Beheizung ist in den Planvorschlügen der Veranschaulichung der Heizungsanlagen unter den Gesichtspunkten der Energieeffizienz und der Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

II. 1. Wohnungen

- a) In Wohnungen sind für Küchen grundsätzlich Kohleherde, kombinierte Kohle-Gas-herde oder Kohlebeizherde und Gasbeizherde vorzusehen. Wenn keine Gasversorgung vorhanden ist, dürfen kombinierte Kohle-Kohleherde oder Kohleherde und 2-Platten-Elektro-Tischherde verwendet werden.
- b) Bei der Projektierung von Küchen und Bädern ist eine zusätzliche Elektroinstallation für Heizung und Warmwasserbereitung grundsätzlich zu vermeiden. Für Bäder sind Kohlebeizherde oder Gasbeizherde vorzusehen.
- c) Für die Verwendung von Waschmaschinen mit einem höheren Strombedarf sind Anschlüsse ausschließlich in den Waschküchen anzuordnen.

2. Geschäftliche Bauten

- a) Bei Gebäuden, die Wohnzwecken dienen (Wohnheime, Ferienabendeime, Internate usw.) gilt das gleiche wie für den Wohnungsbau. Wenn keine Gasversorgung vorhanden ist, können in Tee- und Wärmeküchen 2-Platten-Elektro-Tischherde vorgesehen werden.
- b) Der Einbau von Infrarotstrahlern in Turnhallen, Ausstellungshallen und als Raumbeheizung für Bauten des Handels und der Versorgung ist untersagt.
- c) Die elektro-technischen Ausrüstungen für Bauten des Gesundheitswesens unterliegen keinen Einschränkungen. Das gleiche gilt für spezielle Unterrichts- und Fachräume, Labordienste usw.

3. Landwirtschaftliche Produktionskooperativen

- a) Elektrodümpfer und Heißwasserspeicher sind grundsätzlich für Kadistrukturbetrieb einzurichten. Ausnahmen sind nur in den Fällen zulässig, in denen der Produktionsbedarf einen Kadistrukturbetrieb nicht gestattet.
- b) Der Einbau elektrischer Zwangsventilatoren ist unter den Gesichtspunkten der besten technischen Lösung und des geringsten Energiebedarfes zu prüfen.
- c) Elektrische Raumbeheizung ist grundsätzlich unter Verwendung des Kadistrukturbetriebes vorzusehen. Soweit dies in besonderen Fällen nicht möglich ist, sind Maßnahmen zu treffen, die einen wesentlichen Energieverbrauch vermeiden.
- d) Die sonstigen technischen Maßnahmen für die Kadistrukturbetrieb und Elektrifizierung unterliegen keinen Einschränkungen. Auf jeden Fall darf aber durch solche oder sonstige Maßnahmen keine Energieverschwendung entstehen.

III. Im Rahmen wird zur Sicherung der Energieeffizienz auf die Anwendung von 20. Mai 1956 über die Gestaltung der Erhaltung oder erheblichen Verbesserung von Heizungsanlagen und sonstigen Bauteilen (§§ 1 S. 11) Bezug genommen.

IV. Nach diesen Richtlinien ist es nicht zulässig:

59. Dienstanweisung Nr. 263 57

zur Verordnung vom 6. Juni 1937 über die Neuordnung verfahrensrechtlicher und bautechnischer Bestimmungen im Bauwesen (GBL I S. 325) und zur Anordnung vom 1. August 1937 über verfahrensrechtliche und bautechnische Bestimmungen im Bauwesen (Deutsche Bauordnung — DBO) (Sonderdruck Nr. 234 des Gesetzblattes).

Vom 10. Juli 1937

1. Übergangsregelung bei der Einführung der Deutschen Bauordnung.

(1) Mit obiger Anordnung wird die Deutsche Bauordnung zum 1. August 1937 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig werden durch die VO vom 6. Juni 1937 über die Neuordnung verfahrensrechtlicher und bautechnischer Bestimmungen die bisher geltenden Verfahrensvorschriften und bautechnischen Bestimmungen für den Geltungsbereich der Deutschen Bauordnung außer Kraft gesetzt.

(2) Um Umarbeitungen von Entwürfen zu vermeiden, weise ich die Staatliche Bauaufsicht der Räte der Bezirke und Kreise (Städte) und die bautechnische Gütekontrolle der volkseigenen Entwurfsbüros und Baubetriebe an, Entwürfe und Bauausführungen, die nachweisbar vor der Inkraftsetzung der Deutschen Bauordnung begonnen worden sind, nach den bisher geltenden Bestimmungen zu prüfen und zu genehmigen bzw. abzunehmen.

(3) Diese Übergangsregelung gilt bis zum 31. Dezember 1937.

2. Sonderausweise der Staatlichen Bauaufsicht gemäß § 8 DBO.

(1) Der § 8 der Deutschen Bauordnung schreibt Sonderausweise für die Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht des Ministeriums für Aufbau, der Räte der Bezirke und Kreise (Städte) vor. Diese sind nach einheitlichem Muster auszustellen. Sie berechtigen zum Betreten der Baustellen im Zuständigkeitsbereich des ausstellenden Organs der Staatlichen Bauaufsicht.

(2) Die Ausweise sind auszustellen

a) für die Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht des Ministeriums für Aufbau vom Leiter der Staatlichen Bauaufsicht des Ministeriums für Aufbau,

b) für die Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht der Räte der Bezirke und Kreise (Städte) vom Leiter der Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke, Kreise (Städte).

(3) Die Ausweise gelten nur in Verbindung mit dem Dienstanweis. Die ausgegebenen Ausweise sind zweifach zu registrieren und einzutreiben, wenn der Berechtigte aus der Staatlichen Bauaufsicht ausscheidet.

(4) Die Vorzüge für die Sonderausweise sind von VEB Berliner Druckhaus, Berlin O 11, ZKD-Nr. 133, zu beziehen.

3. Zur Herausgabe der DBO.

Die Herausgabe der Deutschen Bauordnung erfolgt als Sonderdruck Nr. 234 des Gesetzblattes und im Rahmen der Deutschen Bauordnungspläne als Sonderausgabe. Der Sonderdruck Nr. 234 ist über das Buchhaus Leipzig, Leipzig O 1, Postfach 51, zu beziehen.

60. Zulassung zur Herstellung baukünstlerischer, bau- oder ingenieurtechnischer Entwürfe, Planbearbeitungen oder Ausführungsunterlagen

Im Einvernehmen mit dem Magistrat von Groß-Berlin wird folgendes bekanntgegeben:

Für die Entscheidung über Beschwerden gegen die Ablehnung von Anträgen auf Grund der Anordnung des Magistrats von Groß-Berlin vom 13. September 1936 über die Zulassung zur Herstellung baukünstlerischer, bau- oder ingenieurtechnischer Entwürfe, Planbearbeitungen oder Ausführungsunterlagen (VOBl. I S. 616) durch den Magistrat von Groß-Berlin ist das Ministerium für Aufbau zuständig. Das gleiche gilt für Beschwerden gegen die Rücknahme von Zulassungen.

61. Lehmbaulehrgänge 1937/38

Auf Grund des § 6, Absätze 2 und 3, der Anordnung vom 24. Oktober 1933 über die Anwendung der Lehm-bauweise und die Ausbildung lehmbautechnischer Kader (GBL II S. 393) melden die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke — mit Ausnahme von Neubrandenburg und Cottbus — bis zum 31. August 1937 ihren Bedarf an Lehrgangspätzen für das Winterhalbjahr 1937/38 der Meisterschule für Bautechnik in Blankenburg/Harz, aufgeschlüsselt nach Mitarbeitern aus den volkseigenen Baubetrieben, LPG, Entwurfsbüros für Hochbau und aus den Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke und Kreise.

Für die Lehrgangsbescheidung gilt weiterhin die Dienstanweisung Nr. 103/33 vom 6. September 1933 über die Ausbildung von Kadern im Lehm-bau.

Bei Fehlmeldung ist der Nachweis des Vorhandenseins entsprechender Kader erforderlich.

62. Nachwuchslehrgang für Güteingenieure „Bauausführung“

Es ist beabsichtigt, vom 10. bis 20. Dezember 1937 einen weiteren Nachwuchslehrgang für Güteingenieure „Bauausführung“ durchzuführen. Die Betriebe werden gebeten, Teilnehmermeldungen mit Kurzbiographie und Beurteilung des Lehrgangsteilnehmers bis zum 31. August 1937 an die Staatliche Bauaufsicht des Ministeriums für Aufbau zu senden.

Soweit Teilnehmermeldungen für den Lehrgang vom 14. bis 24. Mai 1937 nicht berücksichtigt werden konnten, ist eine Neuanmeldung nicht erforderlich.

III. Bauindustrie**29. Lohnnebenkosten für Lehrlinge**

Lohnnebenkosten sind Nachweiskosten. Als solche stellen sie für den Betrieb nur durchlaufende Posten dar und sind grundsätzlich nicht zu planen. Die beim produktiven Einsatz von Lehrlingen anfallenden Lohnnebenkosten erfordern jedoch eine etwas abweichende Behandlung.

Beim produktiven Einsatz von Lehrlingen wird davon ausgegangen, daß ein Lehrling im Durchschnitt nur 1/2 der Leistung eines Facharbeiters erreicht. Bei einem normalen Beschäftigten würde sich beim Einsatz von Lehrlingen entweder die Anzahl entsprechend verhöhen bzw. es müßte entsprechend mehr Arbeitskräfte (Lehrlinge) eingesetzt werden. In jedem Falle würden die produktiven Nachweiskosten (Gehälter nach dem Einsatz von Facharbeitern) beim Einsatz von Lehrlingen überschritten werden.

Es wurde daher die weitere gütliche Abscheidung gegeben (vgl. 8 und 17 Mitteilung der Abt. Finanz- und Betriebswirtschaft der DVB Bauindustrie vom 12. Januar 1937 bzw. 9. April 1934). Lohnnebenkosten für Lehrlinge mit $\frac{1}{2}$ des normalen Satzes dem Investitionsträger als Nachweiskosten in Rechnung zu stellen. Im Gegensatz zur allgemeinen Behandlung der Nachweiskosten bei der Planung sind die nicht weiterverrechenbaren $\frac{1}{2}$ der Lohnnebenkosten für Lehrlinge als Kosten der Lehrlingsausbildung zu planen (sowohl 1936 als auch 1937). Dabei ist von den Erfahrungen der Vorjahre und von den erkennbaren Veränderungen im Planjahr auszugehen.

Die nach der Planungsmethodik 1936 in den Kosten des Betriebes enthaltenen Kosten für die Lehrlingsausbildung (einschließlich $\frac{1}{2}$ der Lohnnebenkosten) waren nach § 3 Abs. 4 der Anordnung vom 23. Oktober 1936 über die Finanzierung und Abrechnung der Kosten der Berufsausbildung der Lehrlinge in der volkseigenen Wirtschaft (GBI I S. 1149) aus den Selbstkosten herauszulösen und erhöhen entsprechend das für 1937 zu planende Ergebnis.

Damit werden im Jahre 1937

$\frac{1}{2}$ der Lohnnebenkosten für Lehrlinge über die Abrechnung der Kosten der Lehrlingsausbildung (gemäß Anordnung vom 23. Oktober 1936 vom Haushalt finanziert.

$\frac{1}{2}$ der Lohnnebenkosten für Lehrlinge weiterhin als Nachweiskosten den Auftraggebern in Rechnung gestellt.

Es ist selbstverständlich verboten, dem Haushalt die vollen Lohnnebenkosten in Rechnung zu stellen und außerdem dem Auftraggeber $\frac{1}{2}$ der Lohnnebenkosten als Nachweiskosten zu berechnen.

In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf hingewiesen, daß in der Lehrlingsausbildung grundsätzlich solche Bedingungen zu schaffen sind, bei denen die Berechnung von Schlechtwetterlöhnen für produktiv eingesetzte Lehrlinge als Nachweiskosten gegenüber dem Auftraggeber bzw. dem Haushalt nicht in Betracht kommt (siehe Verfügungen und Mitteilungen Nr. 237 zu A 21).

30. Abrechnung der Bauleistungen der landwirtschaftlichen Baubrigaden

Es besteht Veranlassung, wiederholt darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Abrechnung der Bauleistungen der landwirtschaftlichen Baubrigaden um eine Teilabrechnung des Bauwirtschaftsplanes handelt, die durch die örtlichen Organe des Staatsapparates, Abteilungsstellen zu erfüllen ist. Vgl. hierzu § 3 Abs. 1 der Verordnung vom 21. Juli 1933 über die Aufgaben und die Organisation der Statistik in der Deutschen Demokratischen Republik (GBI I S. 60).

Alle Organe der staatlichen Verwaltung sind für die ordnungsgemäße und termingerechte Abrechnung ihrer Fälle selbst verantwortlich.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik herausgegebenen Formulare verbindlich sind.

31. Baumaschinen-Betriebsberichterstattung

Bem.: Dienstweisung Nr. 217/36 vom 21. Februar 1936 zur Durchführung der Baumaschinen-Betriebsberichterstattung im Jahre 1936. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 5 1936 zu B III 13.

Vgl. die Rechnung des Teil II Abschnitt A Seite 10 des Jahresabschlusses vom 21. April 1935 über

die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen (GBI I S. 297) nach einer verbesserten Ausnutzung der vorhandenen Baumaschinen bei den volkseigenen Betrieben weiterhin nachdrücklich durchzusetzen, ist die mit Dienstweisung Nr. 217/36 vom 21. Februar 1936 für die volkseigene Bauindustrie verbindlich eingeführte, lt. Genehmigungsvermerk der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 3. Januar 1936 bis zum 31. Dezember 1936 befristete Baumaschinen-Betriebsberichterstattung vom Minister für Aufbau am 17. Januar 1937 bis zum 31. Dezember 1937, verlängert und unter der Nummer 100/23 registriert worden.

Die Durchführung der Baumaschinen-Betriebsberichterstattung 1937 bleibt in ihrer Methodik weiterhin unverändert; sie ist entsprechend der Erläuterung zur Dienstweisung Nr. 217/36 vorzunehmen.

Um die volkseigenen Baubetriebe zu entlasten und die Kontrolle der Baumaschinenausnutzung auf die wichtigsten Baumaschinen zu konzentrieren, wird die monatliche Baumaschinen-Betriebsberichterstattung mit Wirkung vom 1. Juli 1937 wie folgt vereinfacht:

- Die mit Dienstweisung Nr. 217/36, Ziffer 3, angewiesene Gliederung der Meldung nach
 - a) Baumaschinen, die sich im Anlagevermögen des zu Berichtenden befinden;
 - b) Baumaschinen, die von anderen volkseigenen Baubetrieben angemietet sind;
 - c) Baumaschinen, die aus dem privaten Sektor angemietet sind,
 entfällt.

2. Jeder Baubetrieb meldet die in seiner Benutzung befindlichen Baumaschinen, d. h. alle eigenen und durch Miet- bzw. Nutzungsverträge überlassenen Baumaschinen anderer volkseigener Baubetriebe.

Baumaschinen, die vom meldenden Betrieb an andere Baubetriebe vermietet wurden und bei diesen Betrieben eingesetzt sind, müssen in der Baumaschinen-Betriebsberichterstattung jener Betriebe erscheinen, bei denen der Einsatz erfolgt.

Um die genaue Anzahl der Baumaschinen in der Rechtsträgerschaft der Baubetriebe am Stichtag der Meldung zu erfassen, sind unter den Veränderungsmeldungen jeder Baumaschinengruppe die angemieteten bzw. vermieteten Baumaschinen mit dem Hinweis „woher gemietet“ bzw. „wohin vermietet“ anzugeben.

- Auf die Aufführung der durch Zugang bzw. Abgang eingetretenen Veränderungen gegenüber der Baumaschinen-Betriebsberichterstattung des Vormonats wird nochmals hingewiesen.

Betriebe bzw. Bezirke, die die Veränderungen nicht aufführen, werden ab jetzt darauf hingewiesen, daß sie per 1. Januar 1937 wiederum eine genaue Baumaschinen-Betriebsberichterstattung einreichen haben.

- Die gemäß Dienstweisung Nr. 217/36 Angeordnete Baumaschinen-Betriebsberichterstattung wird per 1. Juli 1937 in der Methodik der Berichte auf die monatlich aufzuführende Baumaschinen-Kontrollkarte verlagert.

Beleggruppe 0

Prüfungsleiter

CO - 10
CO - 100
CI - 100
CI - 100
CI - 100
CI - 100

**Hauptgruppe I
Tumdrückkran**

110	10
12	
15	
30	
40	
45	
100	400
100	600

Mitteldruckluftförderanlagen

Mörtelpumpen

100 --

**Hauptgruppe II
Universalbagger**

Gr. 1
2
3
4
5
6
7
8

**Hauptgruppe III
Diesellokomotiven**

301	12
24	
30	
301	50
390	

Planierdrauen

Kübelkipper (Dumper)

Den Räten der Bezirke wird empfohlen, bei den kleinen und mittleren volkseigenen Baubetrieben darauf hinzuwirken, daß die Kontrolle der Baumaschinenausnutzung bei Förderbändern, Schnellbauaufzügen und anderen Baumaschinen, die in der Pflichtnomenklatur nicht enthalten sind, wegen ihrer Bedeutung für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität dieser kleinen und mittleren Baubetriebe weiterhin beibehalten wird.

32. Technische Richtlinien für Winterbauarbeiten — Dritte, ungearbeitete Auflage —
 Herausg. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 13 1956
 zu B III 30

Die neue Auflage wurde vom Institut für Bauindustrie im Auftrag des Ministeriums für Aufbau in Zusammen-

arbeit mit einer Reihe von Baubetrieben herausgegeben. Da das Studium der Richtlinien für die Baubetriebe eine wertvolle Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung der Winterfestmachung der Baustellen ist, wird im Interesse der rechtzeitigen Einleitung der erforderlichen Maßnahmen der baldige Bezug empfohlen. Die Richtlinien sind zu beziehen vom Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, zum Preise von DM 6,50.

33. Angebote zur vermögensrechtlichen Umsetzung

Der VEB Ingenieurlaufbau Brandenburg bietet zur sofortigen Umsetzung an einen Betrieb der örtlichen volkseigenen Bauindustrie eine

Gleisrückmaschine (Brückenmaschine)
 Fabrikat Lauchhammer
 mittlerer Neuwert DM 70 000,—
 Eigengewicht kg 22 000,—

an. Interessierte Baubetriebe werden gebeten, sich direkt mit dem VEB Ingenieurlaufbau Brandenburg, Brandenburg (Havel), Wilhelmadorfer Landstraße 43, in Verbindung zu setzen.

C. Buchbesprechungen

6. Arbeitsökonomik und Arbeitsschutz, Theoretische Zeitschrift, herausgegeben vom Institut für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung in Dresden.

Auf die im Verlag „Die Wirtschaft“ neu erschienene Zeitschrift, die den Zweck verfolgt, ein aktiver Helfer zur Lösung der arbeitsökonomischen und Arbeitsschutzfragen beim sozialistischen Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu sein, wird aufmerksam gemacht. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis je Heft beträgt 3,— DM.

gez.: I. V. Kosel, Staatssekretär

Jetzt lieferbar!

Vertragssystem

Herausgegeben vom Staatlichen Vertragsgericht bei der
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

*Format DIN A 4 - 24 Seiten - Preis 2,- DM Vierteljährlicher Bezugspreis 6,- DM
Ab kostenloser Beilage enthält die 1. Nummer den Entwurf des neuen Vertragsgesetzes*

Die Zeitschrift „Vertragssystem“ erscheint monatlich einmal und

enthält ökonomische und juristische Beiträge über die Wirkungsweise und
Bedeutung des Vertragssystems für die Entwicklung der verschiedenen
Wirtschafts- und Industriezweige,

wertet Ergebnisse von Tagungen aus, um die dort gewonnenen Erfahrungen
einem breiten Kreis von Interessenten zugänglich zu machen,

kommentiert Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, um die ökonomischen
und juristischen Zusammenhänge eingehend darzulegen und gegebenen-
falls eine Diskussion darüber anzuregen,

beantwortet Leserfragen, die einen engen Kontakt mit der Vertragspraxis gewähr-
leisten.

Die Zeitschrift wird für

alle Direktoren, kaufmännischen Leiter, Handelsleiter, Justitiare, Leiter
der Abteilung Materialversorgung und Absatz der sozialistischen
Betriebe

alle privaten Betriebe

alle Verwaltungsorgane, Gerichte, Staatsanwaltschaften und
wissenschaftlichen Institute

ein unentbehrlicher Ratgeber sein.

*Bestellungen werden jede Postzeitung, jede Buchhandlung und die Verlagsbuchhandlungen
des Zentralen Literatur-Verlags entgegen genommen.*



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG - BERLIN